

# **70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen (1. September 1939)**

**Veranstalter:**

**Berliner Gesellschaft für Faschismus- und  
Weltkriegsforschung Gesellschaft für gute  
Nachbarschaft zu Polen Rosa-Luxemburg-Stiftung e.  
V./ Akademie für Akademie für politische Bildung**

**Hrsg. durch die Berliner Gesellschaft  
für Faschismus- und Weltkriegsforschung**

**2009**

**70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen (1. September 1939)**

**Vorträge des Symposiums**

am 28. August 2009 in Berlin

Veranstalter:

Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V.,

Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen,

Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. / Akademie für politische Bildung

Hrsg. durch die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Berlin 2009

[4:]

## **Inhaltsverzeichnis**

Dr. Martin Seckendorf (Berlin) Begrüßung	7
Iwona Kosłowska, Botschaftsrätin an der Botschaft der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland Grußwort	11
Dr. Tomasz Chinciński (Gdansk) Hitlers Vorposten. Die Aktivitäten des deutschen Geheimdienstes im Jahre 1939	14
Prof. Dr. Dietrich Eichholtz (Borkheide bei Berlin) Kriegsvorbereitung und Kriegsentschluß (1938/1939)	36
Prof. Dr. Siegfried Bünger (Graal-Müritz) Großbritanniens Haltung zu Polen vor dem 2. Weltkrieg	46
Prof. Dr. Kurt Pätzold (Berlin) Die Deutschen am Beginn des Zweiten Weltkrieges. Stimmungen, Erwartungen und die Reaktion der Machthaber	66
Dr. Susanne Willems/ Dr. Sibylle Hinze Konferenzbericht	85

[7:]

**Dr. Martin Seckendorf (Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V.)  
Begrüßung**

Im Auftrag der Veranstalter dieses Symposiums, begrüße ich Sie recht herzlich.

Mein besonderer Willkommensgruß gilt Frau Botschaftsrätin Kozłowska und Herrn Pawel Gronow, 2. Botschaftssekretär, als Vertreter der Botschaft der Republik Polen in Deutschland. Das Jahr 2009 ist voller sog. runder erinnerns- und bedenkenswerter Jahrestage. Um den weiten Bogen an Hand weniger Beispiele zu skizzieren:

1919 wurde die Weimarer Verfassung beschlossen, der schwarze Freitag stürzte vor 80 Jahren die kapitalistische Welt in eine gewaltige Wirtschaftskrise mit beträchtlichen politischen Folgen, 1949 wurde das Grundgesetz für die Westzonen verabschiedet, vor 20 Jahren erfolgte die Öffnung der Grenze zwischen der DDR und der BRD, 1999 wurde zum dritten Mal im 20. Jahrhundert Serbien von deutschen Soldaten angegriffen.

Das „Ranking“ der Gedenktage hängt sicher von Erfahrungen und politischen Einstellungen ab. Entscheidend sollte aber doch wohl die historische Redlichkeit, das Streben nach Wahrheit sein.

Die Veranstalter des heutigen Symposiums sind der Auffassung, dass dem 1. September 1939 in dieser Rangfolge höchste Priorität zukommt.

Adolf Hitler, Führer und Reichskanzler und Oberbefehlshaber der Wehrmacht hielt am 1. September 1939 in der Berliner Kroll-Oper vor dem Reichstag eine Rede. So verlogen die Hitler'schen Ausführungen auch waren – selbst die genannte Uhrzeit der Feuereröffnung gegen Polen stimmte nicht – teilte er [8:] doch ganz ohne diplomatische Floskeln den Deutschen und der Welt zwei furchtbare Dinge mit:

1. Die Wehrmacht ist soeben in Polen eingefallen. Er sagte auch, dass der Krieg gegen Polen notfalls nicht nach den Regeln des Kriegsvölkerrechts geführt werde und erteilte damit den angreifenden Wehrmachtsverbänden *cart blanche* für deren Kampfweise mit der Folge, dass schon in den ersten Tagen massenhaft und fortgesetzt Kriegsverbrechen verübt wurden.

2. Hitler teilte weiter mit, dass er diesen Krieg im vollen Bewusstsein dessen ausgelöst habe, dass entsprechend der internationalen Bündniskonstellation der Überfall auf Polen sich zu einem großen Krieg ausweiten kann und forderte die Deutschen auf, sich auf Opfer und Notzeiten einzustellen.

Die deutsche Führung zeigte sich auf der Reichstagssitzung entschlossen, das lange feststehende Eroberungsprogramm auch gegen militärischen Widerstand der Westmächte, gegen eine „Welt von Feinden“, wie der zeitgenössische Propagandaslogan lautete, in Angriff zu nehmen.

Tatsächlich markiert der 1. September 1939 sowohl den Überfall auf Polen und als auch den Beginn eines Weltkrieges, an dessen Ende an die 60 Millionen Tote zu betrauern waren. Unermessliches Leid wurde vor allem den Polen, den Menschen in der Sowjetunion, den Jugoslawen und Griechen zugefügt, um die ersten Plätze in einem anderen Ranking, nämlich der Statistik der Bevölkerungsverluste während des Zweiten Weltkrieges, zu nennen.

Angesichts der furchtbaren Bilanz geht es nicht nur darum, der Opfer zu gedenken. Es gilt vor allem zu klären, wie es zu der schließlich globalen Katastrophe, zu diesem Zivilisationsbruch kommen konnte. War der Krieg nicht zu verhindern gewesen? Gab es Alternativen? Vor allem auch: Wer trägt Schuld an die-[9:]ser Menschheitstragödie?

Ganze Generationen von Historikern und Politikern, auch Staatsanwälten und Richtern haben sich intensiv mit diesen Fragen beschäftigt. Vielfach hat man geirrt, war manchmal dem politischen Zeitgeist aufgesessen. Doch vor allem wurden unumstößliche Tatsachen und Zusammenhänge zu Tage gefördert, die Ursachen und Verantwortung für den 1. September 1939 eindeutig zuordnen lassen. Der aktuelle Zeitgeist versucht nun allenthalben wichtige als gesichert geltende Befunde zu verschleiern, zu relativieren, vornehmlich die Verantwortlichkeiten zu verschieben.

Wir wollen heute auf den gesicherten Erkenntnissen aufbauend, mit neuen Fakten und Interpretationen weiter zur Aufhellung der Grundfragen des 1. September 1939 beitragen.

Dazu gehört natürlich auch die kontrovers diskutierte Frage nach der Bedeutung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und des am gleichen Tag paraphierten geheimen Abkommens über die deutsch-sowjetischen Interessensphären für den 1. September 1939. Die bohrenden Fragen lauten doch: War der Pakt der letzte Auslöser für den Krieg? Hätte Deutschland ohne den Pakt nicht zugeschlagen oder war Polens Schicksal nicht schon im Frühjahr 1939, nach der dramatischen Wende im deutsch-polnischen Verhältnis, besiegelt, als auf der Besprechung Hitlers mit den militärischen Spitzen am 23. Mai 1939 Sätze fielen, die als Weisungen gedacht waren, wie – ich zitiere – „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung sowie Lösung des Baltikum-Problems. Es bleibt der Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. Es wird zum Kampf kommen.“ Und wenn man bei einem Angriff auf Polen den Westen nicht „aus dem Spiel halten“ könne, wie Hitler sagte, „dann“, so Hitler, „ist es besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen.“

[10:] In den heutigen Vorträgen sind nicht nur Motive, Politik und Propaganda der deutschen Seite, sondern auch die Haltung anderer Mächte zu analysieren. – Ein hoher Anspruch. Doch die Veranstalter sind optimistisch. Wie Sie dem Programm entnehmen können, bieten wir eine wissenschaftlich hochkarätig besetzte Rednerliste auf.

Wir danken Prof. Dr. Siegfried Büniger, Prof. Dr. Dietrich Eichholtz, Prof. Dr. Kurt Pätzold und Prof. Dr. Werner Röhr für ihre Bereitschaft zur Mitwirkung. Einen besonders herzlichen Willkommensgruß entbieten wir Herrn Dr. Tomasz Chinciński aus Gdansk.

Der oben angesprochene historisch redliche, wissenschaftlich objektive Blick auf den 1. September 1939 hat große aktuelle politische Bedeutung. Nur das vorurteilsfreie und streng an wissenschaftlichen Ergebnissen orientierte Herangehen befördert den dringend notwendigen Dialog zwischen Deutschen und Polen als nachhaltig wirkende Grundlage einer wahrhaftigen Versöhnung.

Zum Schluss möchten sich die Veranstalter noch herzlich bei der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke bedanken. Sie hat mit einer Spende erheblich zur materiellen Absicherung unseres Symposiums beigetragen.

[11:]

**Botschaftsrätin Iwona Kozłowska, Botschaft der Republik Polen in der Bundesrepublik  
Deutschland:  
Grußwort**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Gäste,

im Namen des Botschafters Dr. Marek Prawda möchte ich alle Teilnehmer des heutigen Symposiums zum 70. Jahrestag des Ausbruches des II. Weltkrieges ganz herzlich begrüßen. Vor allem möchte ich den Initiatoren und Organisatoren – der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung für diese Einladung danken.

Dieses Jahr wie kein anderes verpflichtet uns zur historischen Erinnerung und zugleich zur tiefgehenden Reflexion über die Zukunft der polnisch-deutschen Nachbarschaft. In diesen Tagen wird es an vielen Orten der Opfer des nationalsozialistischen Regimes gedacht, es wird erinnert, was am 1. September 1939 geschah, an den Überfall Deutschlands auf Polen. Die persönlichen Erinnerungen werden wieder wach. Das Leid wird wieder stärker spürbar. Die Trauer um die unzähligen Opfer der skrupellosen Besatzungsherrschaft mit Massenmord, gewaltsamer Umsiedlung wird zum 70. Mal die Herzen der Polen schmerzen lassen. In der tausendjährigen Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen war der Zweite Weltkrieg das traurigste Kapitel. Niemals in ihrer Geschichte waren Polen und Deutsche so sehr weit voneinander entfernt und entfremdet.

Auch heute bekommen wir die Last der Geschichte immer wieder neu zu spüren. Bis heute spüren wir die negativen gesellschaftlichen Folgen des Paktes Ribbentrop-Molotow, obwohl er längst in die Lehrbücher und Enzyklopädien gehört. Dieser Pakt ist in der Erinnerung der Polen tief eingepägt. An diesem [12:] Beispiel kann man sehen, wie die Geschichte in die Gegenwart hineinwirkt. Man schreibt heute: „Der Pakt bewegt keine Menschenmassen mehr, aber er wirkt immer noch nach – nicht nur als abschreckendes Beispiel verbrecherischen Größenwahns, sondern als psychische Belastung der Nachgeborenen“. Auch daran muss erinnert werden.

Im Hinblick auf die Jahrestage 1939-1989 muss man betonen, dass beide Daten eng miteinander verbunden sind. Die deutschen Intellektuellen haben in einem gemeinsamen Brief vor einigen Tagen darauf hingewiesen. Ihr Appell: „Ein freies und demokratisches Europa muss sich seiner Geschichte bewusst sein“ scheint in dieser Hinsicht besonders wichtig. Immer wieder müssen wir uns unserer Geschichte stellen und auf neue Fragen Antworten geben. Auch Sie, indem Sie über die politischen, ökonomischen, militärischen Bedingungen des Überfalls auf Polen, über die Expansionspolitik des deutschen Faschismus sprechen werden, werden das Wissen mit neuen Perspektiven und neuen Sichtweisen erweitern. Sie werden, wie Sie geschrieben haben, das Wissen über den II. Weltkrieg aktualisieren. Und das ist richtig so.

Jede Generation erinnert sich anders, anders bildet sie ihre Geschichtsbilder. Deswegen ist es von großer Bedeutung, auch 70 Jahre danach über das Vergangene zu diskutieren, zu reden, zu schreiben, zu senden, zu lesen – sei es nur, um noch einmal ermessen zu können, was es heißt, dass seit fast drei Generationen Polen und Deutsche, Deutsche und Franzosen friedlich miteinander leben können.

Der Aussöhnungsprozess von Polen und Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg war lang und schwierig. Das wichtigste war aber, dass es Menschen gab, die sich nach 1945 bemüht haben das tragische Erbe der Vergangenheit zu überwinden und neue Wege in eine gemeinsame Zukunft aufzuzeigen. Auch die Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen hat großen Anteil daran, dass die Aussöhnung zwischen unseren beiden [13] Ländern auch unter schwierigen Bedingungen vorankam, dass Polen und Deutsche vor allem die kulturellen und mentalen Grenzen zu überwinden versuchten.

Dafür möchten wir Ihnen bei diesem Anlass ganz herzlich danken.

Meine Damen und Herren,

allmählich schließen wir im deutsch-polnischen Verhältnis auch die schwierigen Kapitel der gemeinsamen Geschichte ab. Wir tun es in der Überzeugung, dass das Gedenken an die Vergangenheit ein Bestandteil der Verantwortung für die Zukunft ist. Dieses Prinzip liegt den gegenwärtigen deutsch-polnischen und europäischen Beziehungen zugrunde. Daraus ergibt sich eine Botschaft für heute und morgen: Polen, Deutschland und Europa können ihre Zukunft nicht aufbauen, ohne die Erinnerung an die tragische Vergangenheit zu bewahren und zu pflegen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass eine historische Amnesie um sich greift, historische Fakten gefälscht werden und die Geschichte umgeschrieben wird. Denn es geht um das Geschichtsbewusstsein neuer Generationen. Dafür haben wir die Verantwortung zu tragen.

Bald wird es auch niemanden geben, der den Zweiten Weltkrieg als Erwachsener erlebt hat. Bald ist eine Möglichkeit unwiederbringlich vorüber – mit jenen Menschen sprechen zu können, die Augenzeugen der Gräueltaten waren. Deswegen müssen wir den Weg der wahrheitsgetreuen Geschichtsvermittlung weiter gehen. Europa braucht eine aktive, verantwortungsbewusste Erinnerungskultur, die die nachwachsenden Generationen für neu aufkommende autoritäre und diktatorische Entwicklungen sensibilisiert.

Möge dieses Jahr, das durch so viele symbolische Jahrestage und Ereignisse gekennzeichnet ist, aber auch Ihre Konferenz der Öffnung, dem Dialog und der gemeinsamen wahrhaftigen Erinnerung dienen.

[14:]

**Dr. Tomasz Chinciński**

### **„Hitlers Vorposten“. Die Aktivitäten des deutschen Geheimdienstes im Jahre 1939**

Die Agenten der Geheimdienste des Dritten Reiches begannen einige Monate vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mit der Gründung von Diversionsorganisationen auf dem Gebiet Polens. Die deutschen Sabotagehandlungen, die gegen Polen gerichtet waren, wurden spätestens seit März 1939 von zwei miteinander rivalisierenden Strukturen des Staatsapparats des Dritten Reiches organisiert, nämlich vom Oberkommando der Wehrmacht – der Abwehr – und vom Sicherheitsdienst des SS-Reichsführers – dem SD. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges begannen die Reinhard Heydrich und Wilhelm Canaris unterstehenden Agenten des Geheimdienstes mit der Realisierung bestimmter Diversionsaktionen und Provokationen.

Die von den deutschen Geheimdiensten in Polen im Jahre 1939 durchgeführten Diversions-, Sabotage- und Spionageaktivitäten bilden in den wissenschaftlichen Betrachtungen zum Zweiten Weltkrieg einen besonders strittigen Gegenstand.

Ungeklärt ist insbesondere das Ausmaß der Beteiligung der deutschen Minderheit in Polen an Diversion und Spionage, wodurch die deutsch-polnischen Beziehungen bis heute belastet werden.

Das Ziel des Vortrags ist die Darstellung der deutschen Geheimdienstaktivitäten in Polen im Jahre 1939 anhand einer Vergangenheitsrekonstruktion auf Grundlage erhaltener Dokumente über durchgeführter deutscher Diversions-, Sabotage- und Spionagehandlungen.

[15:]

### **Forschungsstand**

Den noch während des Zweiten Weltkrieges veröffentlichten Publikationen über die Diversions- und Spionageaktivitäten der deutschen Geheimdienste lag ein unvollständiges Quellenmaterial zugrunde; zudem verfolgten sie bestimmte Absichten. In den von den Alliierten herausgegebenen Texten kann man bestimmte übermäßig kritische Darstellungen finden. Die Propaganda des Dritten Reiches dagegen bagatellierte das Problem und beschrieb die deutsche fünfte Kolonne als eine Erfindung des britischen Nachrichtenministeriums. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestand die Möglichkeit, die Frage gründlich zu überprüfen und das Problem entsprechend zu erörtern.

Die nach dem Krieg von polnischen Historikern und Juristen durchgeführten Untersuchungen dokumentieren bestimmte Sabotageakte. Ganz besonders wichtig für den Forschungsstand ist die von Edmund Osmańczyk gefundene deutsche Dokumentation, die ausführliche Pläne zu den in Polen im August 1939 durchgeführten Attentaten enthält.<sup>1</sup> Viel zum Thema trägt auch die von Karol Marian Pospieszalski durchgeführte Studie über die Dokumente der Gräberzentrale für die ermordeten Volksdeutschen bei. Laut dieser Dokumente sollen im September 1939 in Polen 3.257 Zivilisten deutscher Herkunft ums Leben gekommen sein. Die deutsche Propaganda hat dagegen von 58.000 Opfern polnischen Terrors gesprochen. Der Autor schätzt die Zahl der Deutschen, die wegen der Sabotageaktionen getötet wurden, auf 2.000 Personen. Diese Daten müssen freilich noch durch genaue Untersuchungen deutscher und polnischer Dokumente verifiziert werden. Besonders wichtig erscheinen in diesem Zusammenhang auch die von Andrzej Szefer im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg gefundenen Dokumente der Abwehrstelle in Breslau. Sie bestätigen, dass bereits seit dem

---

<sup>1</sup> E. J. Osmańczyk, *Dowody prowokacji (Nieznane archiwum Himmlera)*, Kraków 1951. Übers.: Beweise der Provokation (Unbekanntes Archiv Himmlers). Die Dokumente sind nach dem Zweiten Weltkrieg im Keller des Gerichtsgebäudes in West-Berlin von dem deutschen Rechtsanwalt Alois Glugl gefunden worden. Er hat sie Edmund Osmańczyk übergeben. Die Schwäche der Arbeit von Osmańczyk besteht darin, dass sie nicht die verübten Attentate berücksichtigt. Welche von den geplanten Attentaten tatsächlich ausgeführt wurden, versuchte nach vielen Jahren Karol Marian Pospieszalski festzustellen – seine Ergebnisse finden sich in der Publikation *Nazi-Anschläge gegen deutsches Eigentum. Ein Plan des Reichsführers SS vom Sommer 1939*, in: „Polnische Weststudien“ 1983, Bd. II, H. 1. Die Analyse hat sich aber nur mit einem Teil aller 180 Anschläge beschäftigt.



Frühjahr 1939 deutsche Sabotageaktionen vorbereitet wurden.<sup>2</sup> Der Autor hat aber nicht die ganze Dokumentation des Archivs analysiert. Es entstanden mittlerweile auch weitere wissenschaftliche Monographien, die auf polnischen Dokumenten basieren<sup>3</sup>. Die Problematik findet zu-[17:]dem Berücksichtigung in wissenschaftlichen Synthesen, die sich auf den Krieg 1939 beziehen<sup>4</sup>. Die Verfasser dieser Forschungsarbeiten haben ein breites Spektrum der Handlungen der Geheimdienste des Dritten Reiches beschrieben und dadurch einen verdienstvollen Beitrag geleistet. Sie haben besonders die Rolle der deutschen Minderheit in der Irredenta hervorgehoben. Jedoch wurde diese Rolle oft überbetont, während die gegen nicht in der Sabotage engagierte Deutsche gerichtete Gewalttaten von polnischer Seite verschwiegen wurden. Auch die damals in Polen herrschende Stimmung, die [18:] zu der Überbetonung der deutschen Diversion geführt hat, wurde nur selten berücksichtigt. Das hat zu einer methodischen und thematischen Einengung und auch zu einer spezifischen Interpretation des historischen Prozesses geführt.

Besondere Aufmerksamkeit verdient das Buch des niederländischen Historikers Louis de Jong *The German Fifth Column in the Second World War*<sup>5</sup>, in dem mehr als zehn Seiten von Polen handeln. Es ist das Ergebnis der Forschungsarbeit über die deutsche Fünfte Kolonne, die Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre im *State Institute for War Documentation* in Amsterdam durchgeführt wurde. Der Autor hat das Material der Nürnberger Prozesse und die nach dem Krieg veröffentlichten deutschen Dokumente analysiert. Das Buch ist eine erste kritische Monographie, die sich auf die deutsche Fünfte Kolonne konzentriert. Die in Europa und in den USA erschienenen Veröffentlichungen zu diesem Thema wurden ohne gründliche Recherchen und ohne kritische Einstellung zum Quellenmaterial geschrieben. Obwohl der niederländische Historiker eine genaue Kritik der Quellen geleistet und die unbestätigten deutschen Quellen nur mit Vorsicht und Skeptizismus berücksichtigt hat, konnte er in den durchgeführten Untersuchungen Fehler nicht vermeiden. Der Autor vertraute zu sehr

<sup>2</sup> A. Szefer, *Dyweryjno-sabotażowa działalność wrocławskiej Abwehry na ziemiach polskich w przededniu agresji hitlerowskiej w 1939 r.* Übers.: Diversion- und Sabotageaktionen der Abwehr Breslau auf dem Territorium Polens kurz vor der Aggression Hitlers 1939, in: „Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce“, Warszawa 1987, t. 32, s. 271-372. Die Dokumente konzentrieren sich nur auf Süd- und Westpolen.

<sup>3</sup> Zu den wichtigsten Werken gehören: S. Osiński, *V kolumna na Pomorzu Gdańskim*, Warszawa 1965. Übers.: Die Fünfte Kolonne im Danziger Pommern; M. Cygański, *Hitlerowska V kolumna w województwach śląskim i krakowskim w 1939 roku*, Opole 1972. Übers.: Hitlers Fünfte Kolonne in den Woiwodschaften Schlesien und Krakau 1939; A. Szefer, *Prywatna wojna leutnanta Alberta Herznera czyli niemiecki napad na Przełęcz Jabłonkowską w nocy z 25 na 26 sierpnia 1939 roku*, Katowice 1987. Übers.: Privater Krieg des Leutnants Albert Herzner, oder: Deutscher Angriff auf den Jabłonkowska-Pass in der Nacht 25/26. August 1939; *ders.*, *Hitlerowska prowokacja w Gliwicach oraz w Stodolach i Byczynie 31 sierpnia 1939 roku*, Gliwice 1989. Übers.: Die Provokation in Gliwice, Stodoty und Byczyna am 31. August 1939; R.W. Staniewicz, *Szersze tło historyczne i rzeczywiste cele dywersji niemieckiej w Bydgoszczy 3.9.1939 r.* Übers.: Der historische Hintergrund und die wirklichen Ziele der [17] deutschen Diversion in Bydgoszcz am 3. September 1939, in: „Wojskowy Przegląd Historyczny“ 1962, z. 4, s. 361-406; *ders.*, *Piąta kolumna ...*, M. Cygański, *Mniejszość niemiecka w Polsce centralnej w latach 1919-1939*, Łódź 1962; Übers.: Die deutsche Minderheit in Zentralpolen 1919-1939; P. Bauer und B. Polak, *Armia Poznań w wojnie obronnej 1939*, Poznań 1982. Übers.: Die Armie Poznań im Verteidigungskrieg 1939; K. Ciechanowski, *Armia „Pomorze“ 1939*, Warszawa 1983, Übers.: Die Armie Pommern; R. Torzecki, *Polacy i Ukraińcy Sprawa Ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej*, Warszawa 1993. Übers.: Polen und Ukrainer. Die Angelegenheit der Ukrainer während des Zweiten Weltkrieges auf dem Gebiet der 2. Republik Polen.

<sup>4</sup> Hier beschränke ich mich auf nur die wichtigsten und aktuellen Arbeiten: *Polskie Siły Zbrojne w drugiej wojnie światowej*, t. 1: Kampania wrześniowa, cz. 2: Przebieg działań od 1 do 8 września, Londyn 1956, cz. 3: Przebieg działań od 9 do 14 września, Londyn 1959; cz. 4: Przebieg działań od 15 do 18 września, Londyn 1986; (Die polnischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg, Band 1: Septemberkampagne, London 1956 Teil: 2: Der Verlauf der Kämpfe vom 2. bis zum 8. September, London 1956, Teil 3: Der Verlauf der Kämpfe vom 9. bis zum 14. September, London 1956; Teil 4: Der Verlauf der Kämpfe vom 15. bis zum 18. September, London 1986) L. Moczulski, *Wojna polska. Rozgrywka dyplomatyczna w przededniu wojny i działania obronne we wrześniu-październiku 1939*, (Der Polenkrieg. Das diplomatische Spiel kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und Verteidigungsversuche im September und Oktober 1939) Poznań 1972; T. Jurga, *Obrona Polski 1939*, (Verteidigung Polens 1939) Warszawa 1990; P. P. Wiczorkiewicz, *Kampania 1939 roku*, (der Feldzug 1939) Warszawa 2001.

<sup>5</sup> L. de Jong, *The German Fifth Column ...*, *passim*. (*De Duitse Vijfde Colonne ...*, *passim*). Die niederländische Auflage ist etwas umfangreicher. In der britischen Edition wurden manche Stellen ausgespart, z. B. die Vorfälle in Bromberg vom 3. September 1939.

auf das deutsche Quellenmaterial und glich es nicht mit entsprechenden Dokumenten anderer Herkunft ab. Deswegen hat er mehrfach die in zahlreichen Abwehr-Tagebüchern geschilderten Erfolge der deutschen Diversionsgruppen als objektive Wahrheit betrachtet<sup>6</sup>. Er hat jedoch nicht die Polizei-[19:] und Militärarchive der Staaten berücksichtigt, in denen die deutsche Fünfte Kolonne tätig war.

In den nach 1945 geschriebenen wissenschaftlichen Arbeiten versuchten manche deutsche Historiker die Spionageaktionen der Deutschen in Polen 1939 zu verneinen. Historiker wie Richard Breyer<sup>7</sup> oder Theodor Bierschenk<sup>8</sup> haben die im Polen der Zwischenkriegszeit lebenden Deutschen als loyale polnische Bürger dargestellt, die grundlos von polnischen Behörden des Staatstrechs bezichtigt wurden. Einer anderen Meinung war dagegen Paul Leverkühn<sup>9</sup>, der ehemalige enge Mitarbeiter des einstigen Abwehrchefs, Admiral Wilhelm Canaris. In seinem Buch gestand er, dass die deutsche Spionage vor dem Ausbruch des Krieges über ein weitreichendes Netz von nachrichtendienstliche Tätigkeit leisteten Volksdeutschen in Polen verfügte. Auch Peter Aurich<sup>10</sup> behauptet in seiner Arbeit über den polnisch-deutschen September 1939, dass die deutsche Minderheit in Spionage- und Sabotagehandlungen engagiert war und nach dem Ausbruch des Krieges mehrmals der polnischen Armee mit Sabotageaktionen in den Rücken gefallen ist. Auf den im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg aufbewahrten Abwehrdokumenten basiert auch das Buch von Herbert Schindler<sup>11</sup>, das die Darstellung von Sabotageakten [20:] gegen die Brücken in Dirschau Ende August 1939 präsentiert; Alfred Spies und Heiner Lichtenstein dagegen beschreiben das Unternehmen „Tannenberg“<sup>12</sup>.

Über die deutsche Diversion in Polen 1939 entstanden bereits viele wissenschaftliche Arbeiten. Die Analyse der Fachliteratur zeigt, dass es unter den Historikern oft Meinungsverschiedenheiten gab, die sich sowohl auf das Ausmaß der deutschen Diversion als auch auf die Anzahl der Opfer unter den Volksdeutschen sowie die Umstände ihres Todes bezogen. So konnten auch viele Stereotype und Missverständnisse entstehen. In diesem Zusammenhang war es wichtig, sowohl das schon publizierte Material als auch die in Archiven aufbewahrten Dokumente noch mal gründlich zu analysieren. In verschiedenen Archiven Polens und im Ausland habe ich zahlreiche Dokumente gefunden, die in der Untersuchung berücksichtigt wurden.

### **Neue Ziele der Forschung**

Das Beleuchten der Rolle, die die deutschen Geheimdienste in Polen 1939 gespielt haben, erforderte genaue und differenzierte Untersuchungen. Daher war es nötig, die 1939 durchgeführten Diversionsaktivitäten vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen dem deutschen Reich, der deutschen Minderheit und der Republik Polen zu schildern. Ich beschränkte mich dabei nicht nur auf eine historische Rekonstruktion der Ereignisse. Ich versuchte auch das Gesamtbild der die deutsche Nationalgruppe im Ausland betreffenden Politik des Staatsapparats des Dritten Reiches mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Österreich, in der Tschechoslowakei und in Polen sowie die ideologischen Voraussetzungen dieses Programms zu analysieren. Die Schilderung der Aktivitäten der deutschen Diversionsorganisationen in Polen im Jahre 1939 [21:] vor dem Hintergrund der geopolitischen Situation erschien notwendig hinsichtlich der Ähnlichkeit, die die Ereignisse mit denen des Jahres 1938 in Österreich und in der Tschechoslowakei aufweisen, sowie ihrer gemeinsamen ideologischen Basis, durch die die Politik des Dritten Reiches den gegenüber Deutschen im Ausland gekennzeichnet war. Diese baute auf dem politischen Denken von Karl Haushofer auf.

---

<sup>6</sup> Dies ist z. B. der Fall bei den Darstellungen der Sabotageaktivitäten auf dem Jabłonkowska-Pass am 26. August 1939 und der Einnahme von Katowice durch die deutschen Diversanten am 4. September 1939. In beiden Fällen wurden die in deutschen Tagesbüchern [19:] dargestellten Versionen ohne Kritik angenommen. Der Vergleich mit anderen Dokumenten hatte jedoch gezeigt, dass sie nicht der Wahrheit entsprechen.

<sup>7</sup> R. Breyer, *Das Deutsche Reich und Polen 1932-1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen*, Würzburg 1957.

<sup>8</sup> T. Bierschenk, *Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934-1939*, Würzburg 1954.

<sup>9</sup> P. Leverkühn, *Der Nachrichtendienst und die Spionageabwehr [w:] Bilanz des Zweiten Weltkrieges*, Hamburg 1955; idem, *Der Geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Kriege*, Frankfurt am M. 1957.

<sup>10</sup> P. Aurich, *Der deutsch-polnische September 1939*, „Zweimonatsschrift Politische Studien“ 1970,

<sup>11</sup> H. Schindler, *Mosty und Dirschau 1939. Zwei Handstreich der Wehrmacht vor Beginn des Polenfeldzuges*, Freiburg 1971.

<sup>12</sup> A. Spiess, H. Lichtenstein, *Das Unternehmen Tannenberg*, München 1979.

Für den erforschten Themenbereich erschien die Untersuchung der Dokumente am wichtigsten, die von den Staatsinstitutionen des Dritten Reiches in der untersuchten Zeit erstellt wurden. Berücksichtigt wurden vor allem die Dokumente der deutschen Geheimdienste, und zwar der Abwehr und des SD, sowie die Akten des deutschen Außenministeriums und des Staatsapparats der Zweiten Republik Polen, vor allem der Polizei und des Militärs. An zweiter Stelle in Betracht gezogen wurden später verfasste Berichte und Zeugenaussagen der polnischen und deutschen Seite. Eine Art Ergänzung des Quellenmaterials stellten Nachrichten dar, die in der Presse der untersuchten Zeit erhalten geblieben sind.

Die an sich umfangreiche Quellenbasis ist jedoch unkomplett. Für den Forscher, der sich eine differenzierte und genaue Rekonstruktion des Hergangs der Ereignisse von vor 70 Jahren zum Ziel setzt, stellen Lücken im Quellenmaterial ein beträchtliches Problem dar. Zahlreiche Dokumente zu Aktivitäten der Geheimdienste wurden noch während des Zweiten Weltkrieges vernichtet. So sind zum Beispiel Dokumente, die die Provokation in Gliwice und die Diversion in Bydgoszcz betreffen, nicht erhalten geblieben. Angesichts solcher Schwierigkeiten war der Verfasser mehrmals gezwungen, sich für das Wahrscheinliche zu entscheiden, weil er keine absolute Sicherheit erlangen konnte. Die Kategorie der Wahrscheinlichkeit bildete in einigen Fällen die wichtigste Interpretationskategorie. In der Wissenschaft stützt man sich nicht selten auf Indizien, wenn Beweise ausbleiben.

[22:]

## Ergebnisse

Die Ergebnisse meiner Untersuchungen und ihre Interpretation sowie der Versuch einer historischen Rekonstruktion der Ereignisse werden in meinem Buch „Hitlers Vorposten; Die Rolle der deutschen Diversion in der Hitlers Politik gegen Polen 1939“, das voraussichtlich am Ende des Jahres 2009 herausgegeben wird, detailliert dargestellt. In meinem kurzen Vortrag versuche ich jedoch die Ergebnisse zusammenzufassen.

Aus den Dokumenten folgt, dass die Abwehr spätestens seit Anfang Oktober 1938 Diversions- und Sabotagehandlungen geplant hat, in denen sich polnische Bürger deutscher und ukrainischer Herkunft engagieren sollten. Im Falle des Kriegsausbruchs hatten sie die Besetzung der strategischen Objekte, wie: Transport- und Kommunikationsknoten, Kraftwerke, Anlagen der Montan- und Kriegsindustrie zum Ziel. Angesichts der in Polen sichtbaren Nationalismen ist die Abwehr davon ausgegangen, dass das Anwerben von den zurzeit in Polen lebenden Deutschen, Ukrainern und Weißrussen für Kampf- und Sabotageorganisationen ohne Probleme zu erfolgen könne. Die zahlenmäßig starken Minderheiten boten auch die Möglichkeit, illegale Aktivitäten geheim zu halten. Im Februar 1939 begannen die Abwehrgagenten mit der Gründung von Kampf- und Sabotageorganisationen in westlichen Gebieten Polens und dem Anwerben von Mitgliedern der deutschen Minderheit<sup>13</sup>. Dies fiel mit dem Entschluss Hitlers zusammen, in seiner Polen-Politik wenn nötig auch „undiplomatische Mit-[23:]tel“ zu nutzen.

Die Strukturen der von den Geheimdiensten des Dritten Reiches gegründeten Diversionsorganisationen können als „Fünfte Kolonne“ bezeichnet werden. Im Zeitraum von Februar bis Juli 1939 haben die Agenten der Abwehrstelle des Wehrkreises VIII in Breslau in Polen, Deutschland und in der Slowakei Kampf- und Sabotageorganisationen mit 10798 Mitgliedern gegründet. 6798 der angeworbenen Diversanten bildeten polnische Bürger deutscher Herkunft aus Schlesien, Großpolen, Pommern und Kujawien. Einheiten ukrainischer Nationalisten aus Kleinpolen sollen vier Tausend Mitglieder gezählt haben<sup>14</sup>. Die Dokumente der Abwehrstelle II liefern Beweise dafür, dass spätestens seit dem 17. August 1939 die Zentrale in Berlin sowie die Abwehrstellen Königsberg (Nr. 1), Breslau und Wien (Nr. XVII) mit dem Liefern von Waffen, Munition und Sprengstoffen an Kampf- und

<sup>13</sup> BA-MA, OKW/Amt Ausl/Abw, RW 5/145, Vorschläge über die Ausarbeitung von Schwerpunktgebieten in Polen gemäss Schreiben Abwehrabteilung II v. 13 X 1938, B. 66-69 (172/548-172/551); *ibidem*, RW 5/157, Fürsorge für die Verwundeten und Hinterbliebenen von Gefallenen der K-Organisation an Abwehr-Abteilung II, 21 I 1939; *ibidem*, RW 5/132, Kwestionariusze personalne agentów, Bd. 2, B. 1-89; *ibidem*, RW 5/133, Personalbogen, Bd. 5, B. 1-79; *ibidem*, RW 5/135, Personalbogen, Bd. 3, B. 89-1 75; *ibidem*, RW 5/136, Personalbogen, Bd. 4, B. 1-93.

<sup>14</sup> BA-MA, OKW/Amt Ausl/Abw, RW 5/147, Stand der II-Organisationen in Polen, 31 VII 1939, 8.172/220-172/241.

Sabotageorganisationen in Polen begonnen haben<sup>15</sup>. Hingegen den Berichten der einzelnen Kampfgruppen zufolge begann man mit dem Waffentransport über die Grenze des Dritten Reiches an Polen auf einigen Gebieten bereits 2 bis 3 Wochen früher.

Die Aufgabe der von der Abwehr gegründeten Diversionseinheiten bestand darin, kleine Kampfhandlungen und Sabotageaktionen durchzuführen. Zur Realisierung dieser Ziele wurden Kampf- und Sabotagegruppen organisiert. Die Kampforganisationen sollten auf den Angriff der deutschen Truppen auf Polen und die Besetzung des polnischen Gebiets mit der Sicherung von Industrieanlagen, Straßen und Brücken reagieren und die deutsche Minderheit vor Überfällen beschützen. Sie hatten auch die Aufgabe, den polnischen Truppen in den ersten Stun-[24:]den des Krieges kleine Gefechte zu liefern und dann den sich zurückziehenden polnischen Truppen, der Polizei und den Zivilisten in den Rücken zu fallen. Diese Aktivitäten sollten hinter der Front Panik auslösen<sup>16</sup>.

Die für Sabotageorganisationen Angeworbenen wurden hingegen von der Abwehr mit der Durchführung einer „Kleinsabotage im kleinen Krieg“ beauftragt. Zu ihren Aufgaben gehörte die Durchführung von Aktionen hinter der Front auf dem Gebiet des Feindes, und zwar die Zerstörung von Funk- und Verkehrsverbindungen, von Versorgungs-, Munitions- und Brennstofflagern. Anlagen, die im Kriegsgebiet den eigenen Truppen von Nutzen sein konnten, wurden aus dem Zerstörungsplan herausgenommen. Sabotageeinheiten, die sich an dem sog. kleinen Krieg beteiligten, sollten zwei bis zehn Mitglieder zählen und kleine Aufgaben ausführen, indem sie sich einfacher Sprengstoffe und Werkzeuge, wie Äxte, Sägen, Scheren, Draht oder schwerer Hämmer bedienten<sup>17</sup>.

Die Anwendung der sog. „kleinen Sabotage“ gehörte zu den von Hitler geförderten Mitteln der Kriegsführung – sie hatten die „Vorbereitung zur Störung bzw. Zerstörung der feindlichen Wirtschaft und Versorgung“ zum Ziel. Alle „für die Wirtschaft und Versorgung wichtigen Einrichtungen“, die sich später für die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches als nützlich erweisen konnten, sollten aus dem Zerstörungsplan herausgenommen werden.

In den Kriegsplänen Hitlers spielten Diversionsaktivitäten der Abwehrorganisationen die Rolle eines Faktors, der den deutschen Streitkräften bei der Bekämpfung des Feindes behilflich sein sollte. Vor eine andere Aufgabe wurden die von dem SD gegründeten Diversionsorganisationen gestellt. Sie wurden mit [25] der Durchführung von Provokationen beauftragt, und zwar der Anschläge gegen das deutsche Eigentum (Zerstörung und Brandstiftung) im deutsch-polnischen Grenzland. Zu Schuldigen dieser Zwischenfälle sollten „unbekannte polnische Täter“ erklärt werden. Für den Sommer 1939 wurden 180 Attentate auf 223 Objekte geplant, in deren Ausführung einige zehn Diversanten engagiert werden sollten. Mit diesen Attentaten wollte man der internationalen Öffentlichkeit Beweise des aggressiven Verhaltens der polnischen Seite liefern und Adolf Hitler einen propagandistischen Vorwand für den Angriff auf Polen besorgen. Zum Ziel der Überfälle hat man Bauernhöfe der Deutschen gemacht, die den Polen angeblich verhasst waren, Sitze deutscher sozialer und politischer Organisationen, private Häuser, in denen Versammlungen abgehalten wurden oder Verlage und Druckereien, die angesehene Deutsche betrieben<sup>18</sup>.

Den wichtigsten Vorwand zum Angriff auf Polen sollte das von Reinhard Heydrich, dem Chef des Sicherheitsdienstes des SS-Reichsführers Heinrich Himmlers, vorbereitete „Unternehmen Tannen-berg“ liefern. Deutsche Diversanten, in die Uniformen der polnischen Armee gekleidet, hatten vorgetäuschte Überfälle auf den deutschen Sender in Gliwice, das deutsche Zollamt in Stodoły in der Nähe von Racibórz und auf das Forsthaus in Byczyna in der Nähe von Kluczbork ausgeführt. In seiner Ansprache vor den Oberbefehlshabern auf dem Obersalzberg vom 22. August 1939 hatte Hitler an

<sup>15</sup> BA-MA, OKW/Amt Ausl/Abw, RW 5/155, Bis y-Tag bereitgestellte K- und S-Organisationen, Abwehrabteilung II, 29 VIII 1939 r., k. 9-10 (172/652-172/653); *ibidem*, Meldung Abwehrabteilung II betr. Waffen und S-Gerat „Weiss“, 31 VIII 1939 r., k. 7 (172/649).

<sup>16</sup> H. Schindler, Mosty und Dirschau ..., 20: Anlage Ic/5 zum KTB HGrSüd – Ic 14.

<sup>17</sup> BA-MA, OKW/AmtAusl/Abw, RW 5/163, Aktennotiz Kleinsabotage im Kleinkrieg, 4 VII 1939, B. 2-7.

<sup>18</sup> E. J. Osmańczyk, Dowody prowokacji ..., passim; K. M. Pospieszalski, Nazi-Anschläge gegen deutsches Eigentum ..., S. 109-144.

diese Überfälle gedacht, als er versprochen hatte: „Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg“<sup>19</sup>.

[26:] Dem Verzicht Hitlers auf eine friedliche Polen-Politik und den Vorbereitungen zum Krieg folgte die Instrumentalisierung der deutschen Minderheit in Polen, die das Dritte Reich als Werkzeug in der Realisierung der eigenen politischen Ziele eingesetzt hat.

Die von dem Reich betriebene Indoktrination der Volksdeutschen resultierte in einer Belebung der revisionistischen Stimmungen, was zur Verschärfung der Konflikte zwischen Deutschen und Polen und antideutscher Stimmungen in der polnischen Gesellschaft beitrug. Zu der bewusst gesteuerten Kampagne, die in den Ereignissen des Augusts 1939 gipfelte, gehörten Anschuldigungen gegen die polnische Bevölkerung wegen der Diskriminierung der deutschen Minderheit. Deutsche Forscher schreiben unverhohlen von dem „bewusst gegen die ‚Polacken‘ geschürten Hass und einer rücksichtslosen Hetze gegen ‚die grausame Misshandlung und Quälerei der deutschen Bevölkerung in Polen“<sup>20</sup>. In der Gestaltung der Haltung der Deutschen in Polen 1939 spielten soziotechnische Methoden der deutschen Geheimdienste eine wesentliche Rolle.

Die auf Expansion bedachte Außenpolitik des Dritten Reiches in den Jahren 1938-1939 hat die Haltung und Stimmung von vielen Volksdeutschen in Polen entscheidend beeinflusst. Die deutsche Minderheit begann immer offener ihre Hoffnung auf Annexion der polnischen Westgebiete zum Ausdruck zu bringen, was die Polen gegen sie misstrauisch stimmte. Auf die von Hitler im Frühling 1939 eingeleiteten Veränderungen auf der Weltbühne reagierte die deutsche Minderheit mit großem Enthusiasmus. Dies stärkte auch ihr Selbstbewusstsein und ihre Arroganz gegenüber der polnischen Bevölkerung. Die pol-[27:]nischen Bürger reagierten mit einer antideutschen Einstellung und unkontrollierten, gegen die örtlichen Volksdeutschen gerichteten Ausschreitungen.

Dem polnischen Quellenmaterial lässt sich entnehmen, dass revisionistische Erwartungen der Deutschen in Polen von dem Dritten Reich im Rahmen der sog. Wortpropaganda und in deutschen Rundfunksendern, die Volksdeutsche gemeinsam gehört haben, geschürt wurden<sup>21</sup>. Deutsche Quellen bezeugen, dass die Haltung und das Verhalten der deutschen Minderheit von den Aktivitäten der Geheimdienste beeinflusst wurden. Die Handlungen der Geheimdienste bestanden in der Verbreitung falscher Informationen und erdichteter Nachrichten und schufen den emotionalen Hintergrund des Konfliktes. Die deutschen Geheimdienste hatten Provokationen vorbereitet, die als Beweise der polnischen Gewalt gegen die deutsche Minderheit in Polen gelten sollten<sup>22</sup>.

Diese Formen der ideologischen Einwirkung, und zwar Rundfunk- und Wortpropaganda sowie Verbreitung erdichteter Nachrichten, die vom Staatsapparat des Dritten Reiches meinungsbildend eingesetzt wurden, gehören in den Bereich der politischen Diversion.

[28:] Die seit dem Frühling 1939 von den deutschen Geheimdiensten im Rahmen einer breit aufgefassen Propaganda organisierten Aktivitäten, die sich auf die Stimmung und das Massenverhalten

---

<sup>19</sup> Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945-1. Oktober [26:] 1946, Nürnberg 1947-1949, Bd. 26, Dok. 1014-PS, S. 523-524.

<sup>20</sup> B.-J. Wendt, Kommentare [w:] Die nationalsozialistische Krieg, red. N. Frei, H. Kling, Frankfurt am Main 1990, S. 86; M. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf-Wien 1970, S. 85.

<sup>21</sup> Vgl.: Niemcy w Polsce w 1939 r. w świetle raportów Wydziału Narodowościowego MSW, Hrsg. D. Matelski, Poznań 2002, Teil 2: marzec-kwiecień 1939 r., Dok. nr 13: Tygodniowy komunikat z życia mniejszości narodowych, 31 III 1939 r., S. 26; *ibidem*, Teil 3, Dok. nr 25: Tygodniowy komunikat z życia mniejszości narodowych, 23 VI 1939 r., S. 35.

<sup>22</sup> Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, Deutsches Generalkonsulats in Posen, 8. 7, P. 5a; T. Rabant, Dokumenty niemieckiego Ministerstwa Spraw Zagranicznych z 1939 r. [in:] Bydgoszcz 3-4 września 1939. Studia i dokumenty, Hrsg. T. Chinciński, P. Machcewicz, Warszawa 2008, Dok. nr 1: Raport Hansa Kohnerta o werbowaniu przez funkcjonariuszy Gestapo kandydatów na współpracowników wśród mniejszości niemieckiej na Pomorzu, 17 IV 1939 r., S. 464.

der in Polen lebenden Deutschen auswirken sollten, stützten sich auf die informationssteuernden Methoden der Soziotechnik.

Die Anfälligkeit der deutschen Nationalgruppe für die Einflüsse der Ideologie des Dritten Reiches und offene Sympathiebekundungen etlicher Volksdeutschen für das politische Denken Hitlers gehörten zu den Ursachen für die Entstehung und Verbreitung des Mythos der deutschen „Fünften Kolonne“ in der polnischen Gesellschaft.

1939 hatten die Führungskräfte des Dritten Reiches das Massenverhalten einer großen Zahl der in Polen lebenden Deutschen gesteuert. Die politische Einstellung von vielen Volksdeutschen, vor allem von denen in Führungspositionen, machte die in Polen lebende deutsche Minderheit noch anfälliger für den Einfluss der Nazi-Propaganda und die Diversionsaktivitäten der deutschen Geheimdienste. Die in Westpolen lebenden Deutschen waren bereit, mit dem deutschen Staat zusammenzuarbeiten, weil sie das politische Programm der Nationalsozialisten (die immer größeren Territorialansprüche Hitlers) auf die Eingliederung dieser Gebiete in das Reich hoffen ließ. Der Staatsapparat des Dritten Reiches hatte diese politische Einstellung der deutschen Nationalgruppe in den Vorbereitungen zur politischen Konfrontation und in den Kriegsplänen ausgenutzt.

Nicht die ganze deutsche Minderheit ließ sich jedoch durch das nationalsozialistische Deutschland manipulieren. Eine gewisse Zahl der in Polen lebenden Deutschen konnte sich der Propaganda erfolgreich widersetzen und ließ sich zur Realisierung der Politik Hitlers nicht ausnutzen<sup>23</sup>. Die Erfolge der deut-[29:]schen Außenpolitik trugen dennoch zur Belebung der revisionistischen Haltung vieler Volksdeutschen in Polen bei. Überdies hatten auch die Abwehr und der SD von der deutschen Minderheit mit Erlaubnis ihrer Anführer Gebrauch gemacht, weil sich aus dieser die Agenten der Geheimdienste rekrutierten<sup>24</sup>.

Dem analysierten Quellenmaterial zufolge wurden für die Einbeziehung von Diversionshandlungen in die Politik Hitlers nicht militärische, sondern politische Gründe ausschlaggebend. Den 1939 von den deutschen Geheimdiensten in Polen organisierten und ausgeführten Diversionsaktivitäten lagen im Dritten Reich entwickelte politische Modelle zugrunde. Die hatten einen ausschließlich offensiven Charakter und dienten der Realisierung der territorialen Expansion Hitlers.

Angesichts der bereits untersuchten Quellen besteht kein Zweifel, dass alle Handlungen, denen 1939 die in Polen lebenden Deutschen unterzogen wurden, zur Realisierung der geopolitischen Ziele Hitlers beitragen sollten. Dieses politische Programm, das seit 1919 aus dem Denken Karl Haushafers schöpfte, wurde von ihm seit 1933 hoch gepriesen.

Der Polenfeldzug wurde zum Übungsplatz für die deutschen Geheimdienste und ihre weit gefassten Diversionsaktivitäten. [30] Die hier zwischen der Abwehr und dem SD aufgenommene Zusammenarbeit, die sich „bereits in den ersten Tagen des Krieges beobachten“ ließ, bezeichnete einer der deutschen Forscher als „eine Verflechtung von Beziehungen und Abhängigkeiten“, „die beiden Organisationen untrennbar aneinander banden“. Alles begann mit der „Beteiligung des Personals und der Ausrüstung der Abwehr an den Provokationen des SD im Grenzgebiet, während die Grenzpolizei und die SS die Abwehr im Polenfeldzug unterstützten“<sup>25</sup>.

Die Erfahrung, die die deutschen Geheimdienste im Bereich der unkonventionellen Methoden der Kriegsführung gewonnen hatten, wurde daraufhin weiter entfaltet. Kurz nach dem Ende des Polenfeldzugs wurde von der Abwehr die Bau-Lehr-Kompanie z. B. V. 800 ins Leben gerufen, die nach

---

<sup>23</sup> Vgl.: P. Hauser, *Mniejszość niemiecka w Polsce w latach 1918-[29:]1939*, „Polska myśl polityczna w XIX i XX wieku“, Bd. 8: *Polska – Polacy- mniejszości narodowe*, Hrsg. W. Wrzesiński, Wrocław – Warszawa – Kraków 1992, S. 51; W. Rezmer, *Mniejszości narodowe w Wojsku Polskim w okresie międzywojennym ze szczególnym uwzględnieniem Dowództwa Okręgu Korpusu nr VIII w Toruniu [in:] Mniejszości narodowe i wyznaniowe w województwie pomorskim w okresie międzywojennym (1920-1939)*. Zbiór studiów, Hrsg. M. Wojciechowski, „Stosunki Narodowościowe i Wyznaniowe na Pomorzu w XIX i XX Wieku“, Bd. 1, Toruń 1991, S. 140.

<sup>24</sup> Vgl.: W. Kotowski, *Lojalizm czy irredenta? Mniejszość niemiecka wobec państwa polskiego w latach 1919-1939*, „Polska myśl polityczna w XIX i XX wieku“, Bd. 8, S. 61-62.

<sup>25</sup> H. Höhne, *Canaris. Patriot im Zwielicht*, Monachium 1976, S. 350.

dem Quartier der Diversanten in der Stadt Brandenburg an der Havel als „Brandenburg“ bezeichnet wurde. Zu dieser Einheit wurden vor allem Deutsche aus dem Reich angeworben, die dann Diversions- und Spionageaktivitäten im Rücken des Feindes übernahmen<sup>26</sup>. Heute noch geben die für die Spezialeinheiten der Bundeswehr Zuständigen zu, in der Ausbildung der Geheimdienste der BRD auf die Tradition der „Brandenburger“ zurückzugreifen<sup>27</sup>.

Bei der Beurteilung der Geheimdienstaktivitäten im Jahre 1939 in Polen müssen zwei grundlegende Fragen beantwortet werden: Wie haben die Diversionsorganisationen ihre Aufgaben realisiert? Welche Rolle spielten die Aktivitäten der Geheimdienste im Septemberfeldzug?

Die Provokationen des SD, die politische Argumente für die [31:] Kriegserklärung an Polen liefern sollten, können nur in mancher Hinsicht als gelungen bezeichnet werden. Die fingierten Überfälle auf den Sender in Gliwice, das Zollamt in Stodcły und das Forsthaus in Byczyna waren zwar erfolgreich und wurden für Propagandazwecke ausgenutzt, konnten aber nicht ganz die Erwartungen der Organisatoren erfüllen. Bei der Weltöffentlichkeit kamen auch bald Zweifel an der Echtheit der Überfälle auf. Nur ein Teil der ausländischen Journalisten und der deutschen Gesellschaft war bereit, die Version der Ereignisse, die von der Propaganda des Dritten Reiches verbreitet wurde, zu übernehmen. Außerdem muss beachtet werden, dass nur der Überfall auf den Sender in Gliwice von der deutschen Propaganda intensiv genutzt wurde.

Von den 180 von SD-Agenten geplanten Anschlägen gegen das deutsche Eigentum in Ostpreußen, in der Freien Stadt Danzig (unweit der polnischen Grenze) und in den Wojewodschaften Pommern, Posen und Schlesien kann nur die Ausführung von einigen zehn bestätigt werden. Für die deutsche Seite lieferten sie Argumente für die in Polen stattfindende Verfolgung der deutschen Minderheit, so berichteten über diese Vorfälle die deutsche Presse und staatliche Behörden des Dritten Reiches. Die polnische Seite hat diese Vorfälle bald als Handeln der örtlichen Nazis entlarvt, „die damit die Polen beschuldigen wollten“.

Im Hinblick auf das Kriegshandeln spielten Diversionsaktivitäten in den Plänen der Abwehr die entscheidende Rolle. Für den Verlauf der Kriegseignisse sollten drei Diversionsaktionen eine strategische Bedeutung haben, und zwar die Besetzung des Bahntunnels unter dem Jabłonkowska-Pass und der Weichselbrücken in Tczew und Grudziądz. Auf diese Weise sollten die Übergänge intakt gesichert werden, die einerseits für einen schnellen Feldzug der Wehrmacht notwendig waren, andererseits für die Verbindung der besetzten polnischen Gebiete zum Reich sorgten. Trotz ihrer akribischen Vorbereitung und des Einsatzes von nicht geringen Mitteln war keine der [32:] Aktionen erfolgreich.

Zu den strategischen Zielen der in Oberschlesien gegründeten Diversionsorganisationen gehörte die Sicherung der Industrieinfrastruktur der Wojewodschaft Schlesien in einem möglichst intakten Zustand, damit die Kontinuität der Produktion in allen Betrieben aufrechterhalten wird. Der Ansicht der Abwehrleiter nach wurde diese Aufgabe von den Diversanten erfolgreich realisiert, weil eine große Zahl von Bergwerken, Hütten und Industrieanlagen im polnischen Teil Oberschlesiens unversehrt von den Deutschen übernommen werden konnte. Diese Meinung scheint jedoch nicht objektiv zu sein. Die Tatsache, dass die sich zurückziehenden polnischen Truppen im schlesischen Industriegebiet nicht zur Sabotage griffen, ist nicht der Aktivität von Diversionsorganisationen zu verdanken, sondern resultierte aus der Strategie der Führungskräfte des polnischen Heeres, die auf eine baldige Rückkehr nach Oberschlesien hofften. So haben sie lediglich die Zerstörung der Ausrüstung befohlen, die sich nicht evakuieren ließ, und Durchführung von Aktionen, die das Voranschreiten der feindlichen Truppen verlangsamen sollten. Darüber hinaus hatten die Diversionsorganisationen in Gefechten mit regulären Truppen der polnischen Armee keine Chance auf den Sieg. Erst nachdem sich die Haupttruppen der Armee „Kraków“ aus der Wojewodschaft Schlesien zurückgezogen hatten, konnten die Diversanten mit der Besetzung des Gebietes beginnen.

---

<sup>26</sup> Vgl. H. Bentzien, *Division Brandenburg. Die Rangers von Admiral Canaris*, Berlin 2005, S. 43-61.

<sup>27</sup> Vgl. R. Günzel, W. Walther, U. K. Wegener, *Geheime Krieger. Drei deutsche Kommandoverbände im Bild: KSK, Brandenburger, GSG 9, Selent 2007*, S. 49-51.

Die Aufgaben, vor die die Abwehr die Diversanten in Großpolen und Pommern gestellt hat, waren taktisch-operativer Art. Sie sollten der Wehrmacht ein schnelles Voranschreiten auf dem Gebiet der Zweiten Republik Polen ermöglichen. Anhand erhaltener Berichte der Abwehr lässt sich feststellen, dass die in der Wojewodschaft Posen tätigen Kampfgruppen ihre Aufgabe teilweise erfolgreich ausgeführt haben, die in der Sicherung von Verkehrsverbindungen für den geplanten Wehrmachtfeldzug bestand. Kleine Diversionsaktionen, die in den ersten Tagen des Krieges im Grenzgebiet, und zwar im Land-[33:]kreis Ostrów, durchgeführt wurden, waren gelungen. Dieses Gebiet lag im Vorfeld der eigentlichen Abwehrpositionen und wurde von den Einheiten der polnischen Streitkräfte und des Grenzschutzes verteidigt, die nicht sehr zahlreich waren. Anders gestaltete sich die Situation im Landkreis Leszno, wo sich die Kampfgruppen der Abwehr nach anfänglichen kleinen Siegen infolge einer polnischen Gegenaktion auf das Territorium des Reiches zurückziehen mussten. Die in der Nacht vom 31. August auf den 1. September 1939 im Vorfeld des Bromberger Brückenkopfes (von der 15. Infanteriedivision verteidigt) geführten Gefechte zwischen deutschen Diversanten und den Truppen der polnischen Streitkräfte und des Grenzschutzes endeten mit der Niederlage der ersteren. Die Diversanten konnten die wichtigen Verkehrsverbindungen nicht sichern und die polnischen Mineurtruppen konnten diesen Abschnitt planmäßig zerstören.

Die von der Abwehr gegründete Sabotageorganisation, die für Großpolen, Pommern, Zentralpolen, Süd-Ostpolen und Ostpolen zuständig war, konnte ihre Aufgaben nur teilweise erfüllen. Eine erfolgreiche Durchführung von Sabotageaktionen haben die Festnahme der Verdächtigen durch die polnische Polizei und die Einberufung der potenziellen deutschen Diversanten zum Wehrdienst verhindert. Nicht alle Sabotagegruppen konnten jedoch erfolgreich bekämpft werden. Viele haben zwischen dem 18. August und dem 5. September 1939 ihre Aufgaben erfüllt. Zu den spektakulärsten Diversions- und Sabotageaktionen gehörten der Bombenanschlag auf dem Bahnhof in Tarnów (28.08.1939) und das Sprengen von Bahngleisen unweit von Wisznica und Przeworsk (18.08.1939, von der Ukrainerorganisation „W“ durchgeführt). Die Kommunikation erfolgreich gestört haben auch Sabotageaktionen, die zur Zerstörung der Bücke in der Nähe von Nowy Sącz (27./28.08.1939), der Bahnstation Miąsowa unweit von Kielce, der Telefonverbindungen auf der Strecke Swarzędz-Warszawa (1.09.1939), der Warthe-Brücke auf der Strecke Częstochowa-Poraj (2.09.1939), der Bahnhöfe in Łódź (2.09.1939), Łowicz [34:] (2.09.1939) und Stróże (5.09.1939)<sup>28</sup>. Darüber hinaus hat die Zerstörung von Telefonverbindungen in der Wojewodschaft Pommern an der Wende vom August zum September die Armee „Pomorze“ an ihren Aktivitäten gehindert.

Den erhaltenen Quellen der Zweiten Republik Polen, Polizei- und Armeeberichten zufolge kam es in den zwei ersten Wochen Septembers 1939 in Großpolen, Pommern, Schlesien und Zentralpolen zu Angriffen deutscher Diversanten auf die sich zurückziehenden polnischen Truppen. Bezeugt wurden Schüsse aus dem Versteck in Leszno (1.09.1939), Gdynia (1.09.1939), Grudziądz (1.09.1939), Bydgoszcz (3/4.09.1939)<sup>29</sup>, Inowrocław (7.09.1939). Die deutsche Seite beabsichtigte, im Rücken der polnischen Armee Chaos auszulösen und den Korpsgeist der Polen zu schwächen.

Das Schicksal vieler Mitglieder deutscher Diversionsorganisationen und die Ergebnisse ihrer Aktivität blieben auch für die deutschen Geheimdienste unbekannt. Zahlreiche Berichte über die Handlungen der Sabotage- und Kampforganisationen haben die Abwehr nie erreicht, weil ihre Absender ums Leben kamen oder verhaftet bzw. interniert wurden. Dies erschwerte der Abwehr die Zusammenstellung einer Dokumentation über die Endergebnisse der Diversionsaktivitäten in Polen im Jahre 1939.

Die Diversionsaktivitäten der deutschen Geheimdienste haben [35:] sicherlich einen Einfluss auf das Schüren von Panik und Kriegspsychosen gehabt. Die Beteiligung von einem Prozent der in Polen lebenden Deutschen an Diversionshandlungen hat die ganze Nationalgruppe Repressionen ausgeliefert.

<sup>28</sup> Vgl. 8A-MA, OKW/Amt Ausl/Abw., RW 5/143, Meldung über den Einsatz der II-Organisationen Abwehrstelle Breslau, 5 X 1939, B. 172/3-172/10; *ibidem*, Tätigkeitsberichte der K-Organisationen, 29 IX 1939, B. 172/11-172/28; *ibidem*; Erfolgsmeldung der K- und S-Organisationen, 30 VIII 1939, B. 172/72; *ibidem*, RW 5/138, Aktenvermerk, 9 X 1939.

<sup>29</sup> Vgl. T. Chinciński, P. Machcewicz, Wokół wydarzeń bydgoskich z 3-4 września 1939 r. [in:] Bydgoszcz 3-4 września 1939. Studia i dokumenty, Hrsg. T. Chinciński, P. Machcewicz, Warszawa 2008, S. 8-39.



Im Kampf gegen die Diversanten griff man nicht selten zur Selbstjustiz, in die zufällige, unschuldige Opfer mit einbezogen wurden.

### **Zusammenfassung**

Über die Diversionsaktivitäten der deutschen Kampf- und Sabotageorganisationen in Polen 1939 lässt sich zusammenfassend feststellen, dass sich das Ausmaß der Diversionsstrukturen der Abwehr mit dem der anderen Organisationen nicht vergleichen lässt. Die Diversionsorganisationen waren zwar oft nicht imstande, ihre Aufgaben zu erfüllen, und wurden teilweise von polnischen Diensten zerschlagen, aber ihre Aktivitäten haben entscheidend zur Verbreitung der Unsicherheit und Spannung in der Gesellschaft beigetragen sowie erfolgreich die Kommunikation und den Verkehr während der Mobilmachung und des Rückzugs der polnischen Armee gestört.

### **Redaktionelle Anmerkung:**

Die von Dr. Chinciński gezeigten sehr informativen Folien können aus technischen Gründen nicht mit gedruckt werden. Sie können auf der Internetseite der „Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung e. V.“ als Anhang des Vortrages von Dr. Chinciński eingesehen und heruntergeladen werden.

[36:]

**Prof. Dr. Dietrich Eichholtz**

### **Kriegsvorbereitung und Kriegsentschluß (1938/39)**

1933 stand Deutschland unter dem Versailler Diktat und war schwer von der Weltwirtschaftskrise getroffen. Weder Militär noch Wirtschaft, noch Innen- und Außenpolitik des Reiches waren auch nur entfernt kriegsfähig und kriegsbereit. Die „Wiederwehrhaftmachung“, die die Hitler-Regierung auf ihre Fahnen geschrieben hatte, war ein gewaltiges Programm, das Jahre erforderte, was selbst die enragiertesten Verfechter des Regimes einsehen mussten.

Tempo und Umfang der Rüstung in den folgenden sechs Jahren waren weltweit aufsehenerregend und brachten Wirtschaft und Wirtschaftspolitik immer wieder in kritische Phasen. Die Wirtschaft wurde je länger, desto mehr auf Verschleiß gefahren. Es war der Krieg, auf den Politik und Wirtschaft hinsteuerten – und zwar offensichtlich auf Krieg in bedeutender Größenordnung. Seine Ziele – sein tiefstes Geheimnis – waren 1938/39 dem Volk, bis auf einen kleinen Kreis der Eingeweihten, unbekannt.

Als der deutsche Imperialismus 1939 erneut einen Krieg begann, von Anfang an Mächte herausfordernd, gegen die er schon im Ersten Weltkrieg verloren hatte, waren seine Ziele auf den ersten Blick denen von 1914 bis 1918 wieder sehr ähnlich. Ziele und Begriffe standen in seinen Plänen, die seit damals den herrschenden Kreisen geläufig waren:

- „Weltmachtstellung“
- Unterwerfung von Ländern, Auslöschung von Staaten in West und Ost
- Verdrängung und „Aussiedlung“ von großen Teilen ihrer Bevölkerung
- Rassenkrieg („Germanen gegen Slawen“)
- Orgien wirtschaftlicher Eigentumsnahme und Ausplünderung

[37:] – Ausbeutung von Zwangsarbeitern.

Das müsste auch jenen bekannt sein, die bis heute penetrant nur von Hitlers Krieg und Hitlers Zielen reden. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten „Mitteleuropa“- und „Paneuropa“-pläne Konjunktur: „von Petsamo bis Katanga“ (Coudenhove-Kalergi), „von Bordeaux bis Odessa“ (Carl Duisberg). Sie gründlicher zu studieren, hätte heute wieder einen aktuellen Bezug.

Unter der Nazidiktatur öffneten sich alle Schleusen für Anti-Versailles-Chauvinismus, nationalistischen Größenwahn, Weltmachtgeschwätz, Rassenhetze und pangermanischen Schwulst. Die ersten Ziele der neuen Wehrmacht, die Vereinnahmung Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei, erreichte sie ohne Krieg, ohne Gegenwehr der Mächte. Erst der Einmarsch in Prag verschärfte die internationale Situation aufs Äußerste. Verzweifelt über Hitlers Raubzug in Europa, notierte Thomas Mann damals im amerikanischen Exil: „Die kapitalistische Welt wird durch ihr Hätschelkind, den Faschismus, zum Kriege gezwungen werden.“

Wenn im folgenden die Endphase der Kriegsvorbereitung untersucht wird, dann beginnt diese Phase für mich bei der Gedankenbildung, die in Hitlers geheimer Rede vom 5. November 1937 vor den vier obersten Militärs und dem Reichsaußenminister ans Tageslicht kam.<sup>1</sup> Unmißverständlich wurde hier der Entschluß kundgetan zum kurzfristig bevorstehenden gewaltsamen Überfall Österreichs und der Tschechoslowakei, möglicherweise auch Polens, unter dem Risiko des Eingreifens der Westmächte und der UdSSR. Das war der unmittelbare Weg zum Krieg, der Startschuß für die operative Planung: „Fall Grün“ (Tschechoslowakei), ein Jahr später „Fall Weiß“ (Polen).

Die Ereignisse, die rasch zum Kriege trieben, setzten sich nach dem 5. November 1937 fort in den grundlegenden Revi-[38:]nements in der Wehrmacht- und Wirtschaftsführung und im Auswärtigen

---

<sup>1</sup> Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. 25, Nürnberg 1947, S. 402 ff., Dok. PS-386.

Amt und realisierten sich in der quasikriegerischen Okkupation Österreichs und der Tschechei. Hitler unterschrieb am 11. April 1939 die eilig vorbereitete Weisung für den Überfall auf Polen.

Zu dieser Zeit war bereits der mächtige Kriegsblock zwischen Nazispitze, Wehrmacht und Großwirtschaft zusammengewachsen. Seit der Münchner Krise war gerade ein halbes Jahr vergangen, und die maßgeblichen Kreise in Wehrmacht und Wirtschaft waren zum Krieg, auch zum großen Krieg, bereit. Vornan standen die hinter Göring versammelte Gruppe um Vierjahresplan/ Reichswirtschaftsministerium/Reichsgruppe Industrie und die führenden Militärs in OKW und OKH, an der Spitze auch solche, die wie Generalstabschef Franz Halder und „Wehrwirtschafts“-General Georg Thomas oft noch heutzutage als eine Art Widerstandskämpfer gehandelt werden.

Görings Machtstellung als der erste Vertraute und Helfer Hitlers war damals unumstritten. Göring hatte den Österreich-Coup organisiert und befehligte die inzwischen hochgerüstete Luftwaffe. Hinter ihm stand der aggressive, dominierende Kern der Großindustrie, sein erster Gewährsmann war Carl Krauch aus der Spitze des IG-Farben-Konzerns.

Generalstabschef Halder, jetzt der erste Heeresmilitär an Hitlers Seite, ein Ehrgeizling und miserabler Charakter, begrüßte Ende April 1939, in den Tagen der Kündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages (von 1934) durch Hitler, intern vor Offizieren die „hervorragende, ich möchte sagen, instinktsichere Politik des Führers“, die nun die Bahn zum Krieg gegen Polen freigemacht habe. Polen sei jetzt zu „zermalmen“, müsse „nicht nur geschlagen, sondern liquidiert werden“. Er nannte die weiteren kriegerischen Pläne und Ziele: „Wir müssen in spätestens drei Wochen mit Polen fertig sein, ja möglichst schon in 14 Tagen. Dann wird es von den Russen abhängen, ob die Ostfront zum europäischen Schicksal wird oder nicht. In [39:] jedem Fall wird dann eine siegreiche Armee, erfüllt von dem Geist gewonnener Riesenschlachten, bereit stehen, um entweder dem Bolschewismus entgegenzutreten oder – nach dem Westen geworfen werden.“<sup>2</sup>

Seit der beschriebenen Konzentration der kriegswirtschaftlichen Regulierungsgewalt bei Görings Vierjahresplanklientel bildete sich eine enge Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Wehrwirtschaftsstab des OKW heraus, an die vorher, unter den jetzt in die Wüste geschickten Ministern Blomberg und Schacht, nicht zu denken war. Es war Generalmajor Theomas, seit Frühjahr 1938 Hitler und Keitel unterstellt, der selbständig auf den neuen strategischen Kurs der kompromisslosen Kriegsvorbereitung einschwenkte. Er schloß sich mit seinem Stab eng an die Führungsgruppe unter Göring an, in eben der Zeit, in der der Überfall auf Polen kurzfristig vorbereitet wurde.

Im folgenden beziehe ich mich auf drei weitgehend unbekannt oder unterbewertete Dokumente der erwähnten Kontrahenten, in denen diese maßgeblichen und bestinformierten Regimevertreter sich nicht nur im Klartext über den strategischen Charakter und den Umfang des kommenden Krieges als Großkrieg, ja als über Europa hinausreichend verständigten; viel mehr noch, sie trugen darin als Unterlage für Hitler die Voraussetzungen und materiellen Erfordernisse eines solchen Krieges in nüchternen, aber höchst eindringlicher und bestimmter Weise vor.

Alle drei Dokumente datieren vom April 1939 oder sind zu dieser Zeit im Stadium der Vorbereitung, also nach dem Einmarsch in Prag und in der unmittelbaren Vorbereitung des Krieges gegen Polen.

In seinem großen Bericht an den „Generalrat des Vierjahres-[40:]plans“<sup>3</sup> vom 20./21. April 1939 beschwor Krauch die Dringlichkeit einer umfassenden „Großraum“-Strategie angesichts des bevorstehenden Krieges. „Unser Wirtschaftsraum in Großdeutschland (ist) zu klein für eine volle Befriedigung der wehrwirtschaftlichen Mineralölanprüche“. Die Einbeziehung Südosteuropas sei „die einzige und hoffnungsfreudige Möglichkeit“, sich die fehlenden Rohstoffe, besonders Öl, „durch Einbeziehung eines wehrmachtsmäßig zu sichernden Raumes ... völlig zu sichern“. Rumänien war das zentrale Objekt seiner Begierde, und er erörterte bereits den Materialbedarf für eine Pipeline über 2000 Kilometer von den Erdölfeldern von Ploiesti nach Regensburg. „Der einzige Weg, in den nächsten Jahren vor

<sup>2</sup> Rede Halders vom April 1939. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1997, S. 480 ff.

<sup>3</sup> Krauch-Bericht vor dem „Generalrat des Vierjahresplans“, 20./21.4.1939. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1969, Teil II, S. 83 ff. (S. 98).

1942/43 bereits eine laufende Deckung des neuen Mob.- (d. h. Kriegs- – D. E.)Bedarfes zu erzielen, ist (das) Freihalten des südosteuropäischen Wirtschaftsraumes für Deutschland.“

Wenn die Forderung nach der Beherrschung Südosteuropas und in erster Linie Rumäniens als Öllieferanten für den Krieg in sämtlichen untersuchten Geheimdokumenten geradezu gebetsmühlenartig wiederkehrt, so kann man sich deutlich vorstellen, wie erpresserisch und gewaltsam später, während der Kriegsjahre, die deutsche wirtschaftliche und militärische Vormachtstellung auf den rumänischen Erdölfeldern durchgesetzt wurde.

Die Denkschrift aus dem Wehrwirtschaftsstab mit dem Titel „Die Mineralölversorgung Deutschlands im Kriege“<sup>4</sup>, ebenfalls vom April 1939, bis vor kurzem in der Forschung genau so unbekannt wie die Rede Halders, entstand in enger Zusammenarbeit mit der Göring-Krauch-Gruppe – war Thomas doch selbst Mitglied des „Generalrats des Vierjahresplans“. Schon die von Krauch erwähnte Pipeline 2000 Kilometer quer durch Europa lag der Denkschrift als Kartenskizze bei, hier weiterge-[41:]führt bis Minden/Hannover. Doch war der Ton militärisch deutlicher, die Sprache bestimmter. Im Blickfeld war von vornherein die Planung des bevorstehenden Angriffskrieges, in dem „die Feindschaft der Weststaaten und Sowjetrußlands und feindlich eingestellte Neutralität Belgiens, Hollands, Dänemarks, Norwegens und Polens“ vorausgesetzt war. Eine Seeblockade sei unvermeidlich. Rumänien sei als indifferent einzuschätzen. In Rumänien liege aber die Lösung des Ölproblems. „Vordringliches Kriegsziel muß deshalb unabdingbar die Beherrschung der Deutschland nächstgelegenen und feindlichen Einwirkungen tunlichst entrückten Erdölgebiete sein.“

Die „Forderungen an die Wehrmacht“ lauteten entsprechend eindeutig: „1. Beherrschung der rumänischen Ölfelder und somit des gesamten Donaauraums. 2. Durchführung der Besetzung unter Vorbehalt der Erhaltung und Betriebsfähigkeit der rumänischen Erdölindustrie. 3. Schutz der Transportwege, Erdölanlagen, Raffinerien und Tanklager.“ Der Gefahr einer womöglich noch gründlicheren Zerstörung als 1916 müsse dabei vorgebeugt werden. Sonst „brächen die angestellten Berechnungen in sich zusammen, und Rumänien würde für längere Zeit als Erdöllieferant ausfallen.“ Zu gut erinnerte sich die deutsche Militärführung noch der Lahmlegung der rumänischen Erdölförderung durch britische Ingenieure und Arbeiter, als des Kaisers deutsche Truppen des Erdöls wegen 1916 in Rumänien einfielen.

Siegesgewiss plante man aber diesmal nicht nur die Inbesitznahme der rumänischen Erdölquellen, sondern „erforderlichenfalls“ schon den Einsatz des „militärischen Mittels“ auch für die Besetzung der Förderstätten des estnischen Ölschiefers und des galizischen Erdöls (Polen). Das gleiche galt für „das größte und lohnendste Ziel ...: die Beherrschung des gewaltigsten Erdölgebietes Europas, Kasien.“ Schließlich war den Militärs der Vormarsch des kaiserlichen Generals Erich Ludendorff nach Georgien noch gut in Erinnerung und sein Plan vom Herbst 1918, das Öl von Baku zu erobern; ein Plan, [42:] der damals freilich rasch am allgemeinen deutschen Zusammenbruch scheiterte.

Die bedeutendste Denkfabrik Hitlers und Görings auf kriegswirtschaftlichem Gebiet war die erwähnte, von industriellen Experten dominierte Vierjahresplangruppe unter Carl Krauch. Seit April/Mai stellte diese Gruppe die dritte hier behandelte Ausarbeitung zusammen, die ebenso wenig bekannte, sensationelle Untersuchung über „Möglichkeiten einer Großraumwehrwirtschaft unter deutscher Führung“<sup>5</sup> – die weitaus wichtigste Unterlage für die NS-Spitze. Sie war 70 Seiten stark und trug das Datum vom Juli/August 1939.

Die Autoren hatten es sich zur Aufgabe gemacht, „Blockadesicherheit“ für den zu erwartenden „in den nächsten Jahren eintretenden“ größeren Krieg von langer Dauer zu schaffen. In dem ausführlichen Anlagenteil wurden die Aussichten zur Beschaffung von 30 Produkten untersucht, von Eisenerz bis zu Phosphaten, sämtlich „industrielle Rohstoffe, soweit sie von entscheidender wehrwirtschaftlicher Bedeutung sind.“

<sup>4</sup> Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, Wi/I.37.

<sup>5</sup> Bundesarchiv Berlin, R 3112/53. Gedruckt in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, H. 1-4/1986, S. 70 ff.

20 Staaten sollten hiernach binnen drei bis vier Jahren „unter deutscher Führung“, in entsprechender politischer, militärischer und organisatorischer Abhängigkeit, ihre Kräfte planmäßig (Muster: deutscher Vierjahresplan) in einer „Großraumwehrwirtschaft“ vereinen. So könne Deutschland, nach Krauch, im kommenden Krieg „den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt“ gewachsen sein. Man brauche für diese Art von „friedlicher“ Kooperation alle Länder, von Finnland bis zur Türkei, von Bulgarien bis Portugal; ausdrücklicher Wert wurde auf den „Nordraum“ (Skandinavien) und auf die Rohstoffe Russlands („uns freundschaftlich“) gelegt.

Diese Länder sollten von einer „Zentralstelle“ aus, nachgebildet der Vierjahresplanbehörde, unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Industrieller in „produktionstechnische“ und „lieferungsmäßige“ Abhängigkeit gebracht werden. Ein frappierendes Beispiel bot der Abschnitt über „Mineralöl“: Für den „Großraum“ müssten im „Mob-Fall“ 23,85 Millionen Tonnen jährlich zur Verfügung stehen – eine vergleichsweise großzügige Schätzung, besonders begründet mit den „steigenden Forderungen der deutschen und den hohen Anforderungen der italienischen Kriegsmarine“. Die deutsche Erzeugung auf synthetischer Basis würde, wie planmäßig eingeleitet, auf das Zweieinhalbfache gesteigert werden. Vor allem aber müsse Rumänien als einzig erreichbarer großer Ölproduzent seine Gesamtförderung an Erdöl auf das Doppelte (!) gegenüber 1938 bringen; sein gesamter Ölexport müsse mittels einzurichtender Pipeline-, Schiffs- und Bahntransporte ausschließlich nach Deutschland fließen. Das bedeutete für Rumänien: Drosselung des eigenen Friedensbedarfs an Erdöl und Sperrung der Ölausfuhr zum Weltmarkt; Mehrerzeugung von sechs bis sieben Millionen Tonnen Erdöl und ein ausgedehntes Bohrprogramm (im ganzen Südostraum); volle Inbetriebnahme der Erdölverarbeitungskapazitäten; Bau von Pipelines nach Deutschland und Italien. Trotzdem müssten in Deutschland zur Überbrückung von einem „Mob-Jahr“ acht Millionen Tonnen Treibstoff rechtzeitig eingelagert werden, was allein 385 Millionen Reichsmark erfordere- von insgesamt rund 900 Millionen Reichsmark für alle zu bevorratenden Rohstoffe im ersten Jahr.

Für Rumänien bedeutete dieser Plan eine halbkoloniale Zukunft auf unabsehbare Zeit. Kein Rumäne hatte selbstverständlich auch nur die geringste Ahnung von dem Schicksal, das seinem Land hiernach vorbestimmt war.

Sollten sich die betroffenen Länder der „deutschen Führung“ nicht ohne Gewalt unterwerfen, etwa wenn eine „militärische Auseinandersetzung mit Russland bzw. Polen“ nötig sei, auch bei Ausfall des „Nordraums“, so empfehle sich „eine dem Maß [44:] des Lieferausfalls entsprechende Verlagerung des Schwerpunkts der Kriegführung auf den chemischen Krieg, besonders aus der Luft.“

Da war sie, die deutlich ausgesprochene Absicht, unbotmäßige Länder mit Giftgas zur Räson zu bringen! Seit einem Jahr lagen in den Geheimschränken Krauchs und der Giftgasexperten der IG Farben schon ein ganzes Bündel von ausführlichen Ausarbeitungen über die großen Möglichkeiten und Vorteile des Gaskrieges<sup>6</sup>, für den die erfahrene deutsche Großchemie dem Reich eine sichere und überlegene Kampfkraft zu gewährleisten sich erbot.

Es ist nicht leicht abzuwägen, ob in dem hochgeheimen, fachmännisch erarbeiteten Dokument der Größenwahn der revanchedürstenden und expansionswütigen Kräfte des deutschen Imperialismus überwog oder ihre Unsicherheit wegen des ungeheuren Risikos, das sie einzugehen entschlossen waren.

Hitler hat fraglos – über Göring – vom Inhalt, von den Forderungen und Problemen der untersuchten Dokumente, besonders der beiden Denkschriften, erfahren. Er hat sich zu dieser Zeit, in der er zum Krieg entschlossen war, intensiv auch mit dem Stand der wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft befasst und wusste, dass die Gegenseite begonnen hatte, entschieden aufzurüsten. Das war der Fall vor allem seit 1938 in Großbritannien (Royal-Navy-Programm; Luftwaffen-„Scheme L“), in Frankreich (Verdoppelung des Militärhaushalts) und auch in den USA, in denen seit der Pogromnacht vom 8./9. November 1938 die öffentliche Meinung sich mehr und mehr dem Antinazikurs Roosevelts anschloß. Die deutsche Rüstung hingegen hatte 1937 zum ersten Mal stagniert. Devisennot und Rohstoffknappheit mussten, wenn die Rüstung nach wie vor mit Riesenprogrammen beschäftigt war, massiv auf die

---

<sup>6</sup> Ebenda, R 3112/133.

zivile Wirtschaft durchschlagen (Einstellung des privaten Wohnungs- [45:]baus; Stahlmangel; Investitionsnot der Reichsbahn; Arbeitskräftemangel).

Hitler verfolgte dennoch den „Fall Weiß“ strikt und löste schließlich am 1. September den Krieg aus, obwohl er diesmal mit einer sofortigen militärischen Reaktion Großbritanniens und Frankreich rechnen musste und auch rechnete. Einem Wettüben, an dem sich früher oder später auch die USA beteiligen würden, war die deutsche Wirtschaft nicht lange mehr gewachsen. Vor allem zählte er darauf, dass vorläufig Deutschlands Armee und Luftwaffe in Europa die stärksten waren.

Das Dilemma war, wie er mehrfach betonte, sowieso nur mit „Bluteinsatz“ zu lösen. Er versuchte, Mussolini seinen Entschluß vom frühen „Losschlagen“ plausibel zu machen; er habe es, erklärte er (8. März 1940), wegen der in Gang befindlichen Rüstungen der Westmächte vorgezogen, „den vom Westen beabsichtigten Krieg zwei oder drei Jahre früher auszulösen“, um nicht in West und Ost ins Hintertreffen zu geraten.<sup>7</sup>

So oder so: Den Krieg zu beginnen, barg ein ungeheures Risiko, war ein Vabanque-Spiel der faschistischen Koalition; ungleich aussichtsloser noch als 1914 angesichts der neuen Konstanten der Welt von 1939: der überwältigenden Wirtschaftsmacht der USA, der im Osten heranwachsenden sozialistischen Weltmacht UdSSR und des weltweiten Widerstands gegen die faschistische Barbarei. Die verbrecherischen Ziele des neuen Krieges und die neue Stufe der Unmenschlichkeit bei ihrer Verwirklichung zu schildern, ist ein anderes Thema.

---

<sup>7</sup> Akten der deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. VIII, Dok. 663, Hitler an Mussolini, 8.3.1940.

[46:]

**Prof. Dr. Siegfried Büniger**

### **Großbritanniens Haltung zu Polen vor dem 2. Weltkrieg**

Darstellungen zur Polenpolitik der Westmächte vor dem 2. Weltkrieg konzentrieren sich zumeist auf die Zeit nach dem Herbst 1938 oder auf die letzten fünf/sechs Monate vor Kriegsbeginn. Das ist der damaligen Situation insofern angemessen, als die davor liegenden Jahre außenpolitisch eine für Polen relativ ruhige Zeit waren und zudem die Aufmerksamkeit in Europa nach 1933/34 auf die deutsche Aufrüstung, auf Abessinien, das Rheinland, Spanien, Österreich und die Tschechoslowakei gerichtet war. Nun kann man aber die Haltung der verantwortlichen westlichen Politiker gegenüber Polen im letzten Vorkriegsjahr nicht voll verstehen, wenn man nicht die 30er Jahre insgesamt in die Betrachtung einbezieht und ein wenig auch die 20er Jahre. Das gilt insbesondere für Großbritannien.

Diese Haltung war Bestandteil der Politik des Appeasement, jener Politik der Beschwichtigung Hitlerdeutschlands, die von Großbritannien, der damals stärksten und einflussreichsten Macht in Europa, initiiert worden war und an der sich andere Länder mehr oder weniger orientierten, letztlich auch Frankreich. Die Appeasementpolitik ist ein kompliziertes und vielschichtiges Phänomen. Sie war Ergebnis einer Vielzahl von Ursachen und Motiven, und das erklärt auch die Interpretationsbreite und die Fülle von Sichtweisen und Theorien in der historischen Literatur. Einer der tragenden Faktoren dieser Politik waren die Bereitschaft und das Bestreben, Gegensätze zu den aggressiven Staaten auf Kosten anderer Länder zu bereinigen, einen Interessenausgleich mit ihnen zu Lasten Dritter herbeizuführen - auf unserem Kontinent betraf das hauptsächlich Ostmittel- und Südosteuropa. Die Anfänge dieser Einstellung waren bereits kurz nach dem 1. Weltkrieg erkennbar. Die britische Polenpolitik der 30er Jahre wurde schon in den 20er Jahren vorgeprägt.

[47:] Auf der Pariser Friedenskonferenz hatte Frankreich als Ausgleich für sein Nachgeben in der umstrittenen Frage der Rheingrenze ein militärisches Garantieverprechen erhalten. Briten und US-Amerikaner hatten sich verpflichtet, Frankreich unverzüglich zu helfen, falls Deutschland es noch einmal überfallen sollte. Da nun die USA den Versailler Vertrag und den Garantievertrag nicht ratifizierten und Großbritannien allein nicht zu einer formellen Garantie bereit war, war die Angelegenheit hinfällig geworden. So begannen die Pariser Regierungen mit dem Aufbau eines eigenen Sicherheitssystems. Sie schlossen 1920 und 1921 Bündnisse mit Belgien und Polen und verbanden sich danach indirekt mit der Kleinen Entente, die 1920/21 entstanden war und die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien umfasste. Dabei war der Vertrag mit Polen wegen der Größe und der geografischen Lage des Landes am wichtigsten; Polen war das Kernstück des cordon sanitaire, mit dem Deutschland und auch Sowjetrußland in Schach gehalten werden sollten.

Zugleich versuchte Frankreich in den frühen 20er Jahren, das von den Briten formell nicht zurückgezogene Garantieverprechen doch noch zu materialisieren und dabei auch seine Interessen im Osten berücksichtigt zu bekommen. Doch letzteres wollte London ganz und gar nicht. Bei den Verhandlungen, die die Regierungschefs beider Länder im Dezember 1921 in der britischen Hauptstadt führten, sagte David Lloyd George seinem Gast, Aristide Briand, hinsichtlich der deutschen Westgrenzen sei eine Garantie möglich, an den östlichen Grenzen Deutschlands sei man aber nicht sehr interessiert. Großbritannien sei nicht bereit, sich in Streitigkeiten verwickeln zu lassen, die wegen Polen oder Danzig oder Oberschlesien entstehen könnten. „Im Gegenteil, es gebe eine allgemeine Abneigung, in diese Fragen in irgendeiner Weise hineingezogen zu werden.“ Er, Lloyd George, glaube daher nicht, dass Großbritannien „geneigt sei, irgendwelche Garantien zu geben, die es unter irgendwelchen Umständen in militärische Operationen in diesem Teil der Welt verwickeln könnten. Andererseits ... wür-[48:]de die öffentliche Meinung durchaus bereit sein, eine Garantie gegen einen deutschen Angriff auf französischen Boden zu geben.“<sup>1</sup> Großbritannien war, wie diese Äußerungen zeigen, nicht bereit, alle Festlegungen der Pariser Friedenskonferenz voll mitzutragen oder gar zu verteidigen.

---

<sup>1</sup> Documents on British Foreign Policy 1919-1939 (DBFP), 1. Serie, Bd. 15. Nr. 110. In einer weiteren Unterredung mit Briand zwei Wochen später äußerte sich Lloyd George ähnlich (Ebenda, Nr. 111). Zu Lloyd Georges Haltung

Die Regierung Poincaré, die der von Briand folgte, stellte die Allianzbemühungen dann zurück, zumal London eine Militärkonvention und auch Generalstabsgespräche ablehnte. Sie sagte den Briten, Deutschland könne England oder Frankreich vorerst zwar nicht direkt angreifen, es gebe aber wenig Zweifel daran, dass Deutschland in Polen oder in die Tschechoslowakei einfallen würde, wenn es glaube, das ungestraft tun zu können.<sup>2</sup> London bewegte sich nicht. Man sah dort durchaus, dass Großbritannien im Kriegsfall auf Frankreich angewiesen war, wollte aber keine oder doch möglichst wenig Verpflichtungen in Europa und erst recht keine in Ostmitteleuropa.

Das trat auch bei den Locarno-Verträgen zutage, dem wichtigsten Vertragswerk der Zwischenkriegsjahre in Europa. In ihnen wurden die deutsch-französische und die deutsch-belgische Grenze als unverletzlich anerkannt und garantiert, nicht aber die deutsch-polnische und die deutsch-tschechoslowakische, die somit zu Grenzen zweiter Klasse wurden, wie man sie schon damals bezeichnete. Das alles ist bekannt. Ich möchte hier nur den britischen Historiker F. S. Northedge zitieren, einen der besten Kenner der internationalen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit, der in seinem exzellenten Buch [49:] über die Geschichte des Völkerbunds schreibt: Locarno war „eine strikt begrenzte Verpflichtung: nur wenige schienen zur Kenntnis zu nehmen, dass Britannien mit der Schaffung der Rheingarantie und der Verweigerung ähnlicher Garantien für Deutschlands Ostgrenzen der Welt und den deutschen Nationalisten ankündigte, dass die Regelungen von 1919 für Osteuropa keine feste Verpflichtung mehr darstellten, soweit es Britannien betraf, wenn sie es überhaupt jemals gewesen waren. ... Und die Vereinbarungen von Locarno gaben dadurch, dass sie Britannien vom Status quo in Osteuropa dissoziierten, Deutschland in der klarsten Weise zu verstehen, dass es, wenn es einmal Druck gegen seine 1919 festgelegten Ostgrenzen ausüben sollte, durchaus eine Chance habe, sie zu verändern.“<sup>3</sup>

In Frankreich gab es unterschiedliche Reaktionen auf Locarno. Einerseits Beteuerungen der Zufriedenheit und Herunterspielen der bestehenden Verpflichtungen gegenüber den östlichen Alliierten, andererseits verbreitetes Unbehagen und viel Kritik. Auf einer Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses der Deputiertenkammer sagte dessen Vorsitzender, Frankreich habe in Locarno unter englischem Druck verhandelt. Das Nervensystem der Welt liege nicht am Rhein, sondern in Polen. Es sei kein Versuch unternommen worden, die Gefahr zu beheben.<sup>4</sup>

Von einem möglichen Konflikt in und um Polen war auch in Lenden die Rede. Das Foreign Office erarbeitete ein ungewöhnlich langes Grundsatzmemorandum, das im April 1926 fertig gestellt war und die Lage in der Zeit nach Locarno zum Gegenstand hatte. Die Denkschrift wurde in den folgenden Jahren mehrfach bestätigt. In ihr wandte sich Großbritannien gegen jede Hilfe für ein von Deutschland überfallenes Polen. [50] Unter Hinweis auf die deutschen Ziele hieß es unmissverständlich: Was immer die Zukunft bringe, „es sei daran erinnert, dass dieses Land [Großbritannien] in der Vergangenheit niemals zu den Waffen gegriffen hat, um sich der Zerstückelung Polens zu widersetzen.“<sup>5</sup>

\* \* \*

Als sich in den frühen 30er Jahren nach einer Zeit relativer Ruhe die internationalen Beziehungen wieder verschärften, erfuhr auch Polen wieder viel Aufmerksamkeit. Im Spätherbst 1931 bezeichnete ein Papier des Foreign Office die deutschen Ostgrenzen als „hauptsächlichen Gefahrenpunkt Europas“<sup>6</sup>, und im folgenden Jahr gab es im Regierungsapparat Warnungen vor von Deutschland ausgehenden Gefahren. Solche Warnungen häuften sich, als ab Frühjahr 1933 die bis dahin mehr oder weniger verfolgte Linie des Entgegenkommens in die Beschwichtigungspolitik hinüberwuchs, mit der Großbritannien dem Expansions- und Aggressionsdrang Nazideutschlands beizukommen suchte.

---

zu Polen auf der Pariser Friedenskonferenz siehe Margaret MacMillan, *Peacemakers. The Paris Conference of 1919 and Its Attempt to End War*, London 2003, S. 227-230.

<sup>2</sup> Näheres bei Ann Orde, *Great Britain and International Security 1920-1926*, London 1978, S. 26 u. 66.

<sup>3</sup> F. S. Northedge, *The League of Nations, its life and times 1920-1946*, Leicester 1988, S. 95 f.

<sup>4</sup> Anthony Adamthwaite, *The Lost Peace. International Relations in Europa, 1918-1939*, London 1980, S. 77 f.

<sup>5</sup> DBFP, Serie 1A, Bd. 1, S. 847.

<sup>6</sup> Public Record Office (PRO), London: CAB 24/225, CP. 301 (31).



Es ist bemerkenswert, dass diese Politik bereits im April 1933 in der ersten Unterhaussitzung, die sich mit dem NS-Regime befasste, scharf kritisiert wurde. Austen Chamberlain, weithin als Architekt der Locarno-Verträge betrachtet, sagte in der Debatte: „Wir können es uns nicht leisten, diesem Deutschland Zugeständnisse zu machen.“ Und Clement Attlee, ab 1935 Führer der Labour Party, äußerte: „Unter den kleineren Nationen gibt es den Verdacht, dass wenn vier, fünf oder sechs Großmächte zusammenkommen, um zu versuchen, ihre Schwierigkeiten beizulegen, diese Schwierigkeiten auf Kosten der kleineren Nationen beigelegt werden.“ Das Unterhaus müsse klar sagen, dass Großbritannien nicht einen Augenblick daran denke, Hitler zu gewähren, was Stresemann versagt [51:] worden sei. „Eine Revision der territorialen Regelungen [von 1919] zugunsten Deutschlands wäre ein ironisches Pendant zur Vergewaltigung Chinas durch Japan“.<sup>7</sup>

Wie berechtigt diese Worte waren, trat in den Bemühungen um den sog. Viererpakt zutage, dem Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien angehören sollten und der eine Art europäisches Direktorium zur Revision der Friedensverträge zu Lasten Ost- und Südosteuropas vorsah. Dieses von Italien angeregte und insbesondere von Großbritannien unterstützte Projekt scheiterte am Widerstand Polens sowie den Bedenken in Frankreich und anderen Ländern. Doch die Bemühungen Londons um eine „Rektifizierung der östlichen Grenzen“ gingen weiter. So warnte dann auch Heeresminister Hailsham seine Kabinettskollegen im September 1933 davor, Deutschland weiter zu ermuntern; es werde sich „zuerst mit dem Korridor befassen als Vorspiel zu anderen Teilen der Ostgrenzen und dann Elsass-Lothringen und den Kolonien“.<sup>8</sup> Im Oktober schrieben die Stabschefs der Teilstreitkräfte in ihrem Jahresbericht für 1932/33 über die Verteidigungspolitik, nicht im Westen, sondern in Osteuropa lägen die Gefahren, und Deutschland werde, wenn es sich stark genug fühle, „seine Ziele in einem Offensivkrieg im Osten erreichen“.<sup>9</sup>

Der Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund brachte keine Änderungen an der politischen Linie Londons. Der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag vom Januar 1934 verstärkte bei so manchen Politikern die Auffassung, die Berliner Regierung könne für gemeinsame Regelungen gewonnen werden, mit Hitler lasse sich vernünftig verhandeln. Die Grundhaltung zu Deutschlands östlichem Nachbarn brachte im Mai 1934 recht deutlich Stanley Baldwin, der konservative Parteiführer und starke Mann in der Regierung, [52:] zum Ausdruck. Er sagte vor dem Abrüstungsausschuss des Kabinetts, Großbritannien müsse es vermeiden, wegen irgendeines Vorkommnisses in Osteuropa – konkret nannte er einen deutschen Luftangriff auf Polen – in einen Krieg gezogen zu werden. „In einen Krieg für etwas gezogen zu werden, was in Westeuropa geschehe, sei eine gänzlich andere Angelegenheit“, meinte er zugleich.<sup>10</sup> Im Januar 1935 gelangte das Kabinett zu der Auffassung, dass eine deutsche Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone, die in Frankreich als wichtiger Schutzschild für die Verteidigung des Landes und auch im Hinblick auf die Ostverbündeten galt, „kein vitales britisches Interesse“ berühre.<sup>11</sup>

Anders als in Großbritannien gewannen in Frankreich nach dem Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund die politischen Kräfte an Boden, die den von der Militarisierung des östlichen Nachbarn ausgehenden Bedrohungen durch eine feste Haltung zu begegnen suchten. Das kam sichtbar zum Ausdruck in der Politik Louis Barthous (ab Februar 1934 Außenminister), der zum Hauptverfechter eines Ostpakts wurde, mit dem ein regionales Sicherheitssystem geschaffen werden sollte. Barthou war wie die UdSSR daran interessiert, auch im Osten stabile Grenzen und die Sicherheit zu erreichen, die Westeuropa in den Locarno-Verträgen zugestanden war – deshalb sprach man auch oft von „Ostlocarno“. Das Projekt scheiterte an einer Vielzahl von Gegensätzen, auch wegen der Haltung Polens, das begonnen hatte, sich Deutschland anzunähern, Allianzen mit der UdSSR ablehnte und seine Abhängigkeit von Frankreich zu lockern anfang. Ein Überbleibsel

<sup>7</sup> Auszüge aus der Debatte sind abgedruckt in Martin Gilbert, *Britain and Germany between the Wars*, London 1964, S. 75.

<sup>8</sup> PRO: CAB 23/77, Cab. 50 (33).

<sup>9</sup> Ebenda: CAB 53/23, COS 310.

<sup>10</sup> Zit. in Keith Middlemas/John Barnes, *Baldwin. A Biography*, London 1969, S. 768.

<sup>11</sup> PRO: CAB 23/81, Cab. 3 (35).

war der französisch-sowjetische Pakt, dessen Wirksamwerden an eine Entschließung des Völkerbundes gebunden war und dessen Ratifizierung bis zum Februar 1936 hinausgezögert wurde. Das entsprach der zunehmenden antikommunistischen Stimmung im Bürgertum, das mit Unbehagen auf die anwachsende Volksfrontbewegung blickte. Ganz auf den Pakt verzichten wollte Paris aber auch nicht, denn er konnte als Druckmittel gegen Deutschland benutzt werden – so jedenfalls kalkulierte man in der französischen Hauptstadt.

Als wenige Wochen nach der Ratifizierung des Paktes deutsche Truppen das Rheinland besetzten (kurz vor den Parlamentswahlen, die zur Volksfrontregierung führten), entschieden sich die Politiker und Militärs für ein Hinnehmen der Aktion, wobei die schwächliche Haltung Londons eine bequeme Ausrede für das eigene Nichtstun war<sup>12</sup>. Das war der Anfang vom Ende des französischen Bündnis-systems, zumal Belgien bereits einen Tag vor dem Einmarsch das Militärabkommen mit Frankreich vom Jahre 1920 gekündigt hatte. Es wurde deutlich, dass Frankreich nur bei einem Angriff auf das eigene Staatsgebiet zu den Waffen greifen würde. Das Hinnehmen der Annexion Österreichs und die Verweigerung militärischer Hilfe für die bedrohte Tschechoslowakei bestätigten das nur.

In Großbritannien kam es 1936 und 1937 zu einer Forcierung der Appeasementpolitik, insbesondere ab Mitte 1937, als Neville Chamberlain das Amt des Premierministers übernahm. Innerhalb und außerhalb der Regierung wuchsen Zahl und Einfluss derjenigen, die für zweiseitige Vereinbarungen mit Deutschland (also ohne Frankreich) eintraten, die an Osteuropa desinteressiert waren und von Frankreich noch mehr abrücken wollten, zumal es dort jetzt eine Volksfrontregierung gab. Die Stabschefs der Streitkräfte hielten eine „Rektifizierung der Ostgrenzen Deutschlands“ für wichtig, wenngleich sie einräumen mussten, dass es nicht ungefährlich sei, den Deut-[54:]schen in „Mittel- und Osteuropa freie Hand“ zu geben.<sup>13</sup> Harold Nicolson, eine Zeitlang stellvertretender Vorsitzender des Außenpolitischen Unterhausauschusses der Regierungsparteien, notierte im Juli 1936 in seinem Tagebuch, die Mehrheit der Tory-Partei wünsche „eine feste Vereinbarung mit Deutschland und vielleicht Italien, mit der wir Frieden auf Kosten der kleineren Staaten erkaufen könnten“.<sup>14</sup> Außenminister Anthony Eden und sein Staatssekretär Robert Vansittart warnten; auch Lord Halifax, der Eden zeitweilig vertrat, befürchtete (im Juli 1936), dass eine im Osten entfachte Flamme „sich nach dem Westen ausbreiten könnte“.<sup>15</sup> Doch Finanzminister Chamberlain (der designierte Premier) wandte sich im Winter 1936/37 scharf gegen „kontinentale Abenteuer“ und sprach von „Streitigkeiten, die uns nichts angehen“. Admiral Chatfield, zu dieser Zeit die dominierende Gestalt unter den Militärs, meinte, dass ein Krieg Deutschlands gegen Frankreichs osteuropäische Verbündete für Großbritannien sogar von Nutzen sein könne, da Deutschland sich dabei erschöpfen oder saturiert werden würde.<sup>16</sup> Zugleich erhöhte London den Druck auf Frankreich. Die Pariser Politiker neigten nach 1937 zwar mehrheitlich dazu, sich den Briten unterzuordnen, doch viele von ihnen sahen die von Deutschland ausgehenden Gefahren recht klar, weshalb [55:] sie auch eine Schwächung ihrer Ostverbündeten mit Sorge erfüllte. So gab es in der britischen Hauptstadt viel Unsicherheit über Frankreichs Haltung und weiterhin Besorgnisse über mögliche Verwicklungen in Ostmitteleuropa. Man war sich nämlich darüber im Klaren, dass, wie Chamberlain im März 1938 intern klagend äußerte, „wir es uns in der Tat nicht leisten

---

<sup>12</sup> Anthony Eden, britischer Außenminister, hatte schon am 14. Februar in einem Memorandum geschrieben, die Franzosen „would probably like us to make up our minds for them, and then excuse themselves for not fighting for the zone on the ground that we would not join them“ [„möchten wahrscheinlich, dass wir uns für sie entscheiden, und sich dann dafür entschuldigen, dass sie nicht für die Zone kämpfen, weil wir uns ihnen nicht anschließen würden“] (PRO: CAB 27/599, G (36) 3).

<sup>13</sup> DBFP, 2. Serie, Bd. 17, Nr. 156 (1.9.1936).

<sup>14</sup> Harold Nicolson, *Diaries and Letters 1930-1939*, hg. v. Nigel Nicolson, London 1966, S. 269. Im gleichen Monat befand das Kabinett, „our policy ought to be framed on the basis that we could not help Eastern Europe.“ [„unsere Politik sollte auf der Grundlage gestaltet werden, dass wir Osteuropa nicht helfen können“] (PRO: CAB 23/85, Cab. 50 (36). Längere Auszüge aus dem Sitzungsprotokoll in DBFP, 2. Serie, Bd. 16, Anhang 2). Es gab zwar immer wieder Kritik an dieser Haltung und Befürchtungen, die „schwächeren“ Staaten könnten sich allein gelassen fühlen und dann auf Deutschland ausrichten, doch sie blieben ohne größere Wirkungen.

<sup>15</sup> DBFP, 2. Serie, Bd. 16, Nr. 447.

<sup>16</sup> Näheres bei Robert Manne, *The Free Hand in the East? British Policy towards East-Central Europe, between ‚Rhineland‘ and the Anschluss*, in: *The Australian Journal of Politics and History*, Bd. 32 (1986), S. 251 f.

könnten, Frankreich zerstören zu lassen, und ihm deshalb immer zur Hilfe kommen müssten, wenn es durch Deutschland angegriffen werde“.<sup>17</sup>

Das alles schlug sich 1937 und 1938 in wichtigen Entscheidungen in der Außenpolitik und in der Militärpolitik nieder.

Im November 1937 fand das viel beschriebene Halifax-Hitler-Gespräch statt, bei dem der Brite zu verstehen gab, dass London bereit sei, eine deutsche Expansion nach Osten und Südosten „auf Grund einer vernünftigen Regelung“ hinzunehmen. Halifax sprach von „Änderungen der europäischen Ordnung ..., die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden“, und sagte gleich anschließend: „Zu diesen Fragen gehöre Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei.“ Er verband diese Bemerkungen mit dem Wunsch, Deutschland möge keine militärische Gewalt anwenden; Großbritannien sei daran interessiert, „dass diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustande gebracht und dass Methoden vermieden würden, die weitergehende Störungen ... verursachen könnten.“<sup>18</sup> London befürchtete, Gewaltanwendung würde zu einem Konflikt führen, in den nicht nur Frankreich einbezogen werden könnte, sondern auch Großbritannien, direkt oder indirekt; auch war man besorgt, Deutschland könnte zu eigenmächtig und unkontrolliert vorgehen und zu stark und dadurch gefährlicher auch für Westeuropa werden.

Im Winter 1937/38 wurden „kontinentale Verpflichtungen“ prak-[56:]tisch aufgegeben. Im Jahre 1934 hatte ein von der britischen Regierung eingesetzter hochrangiger Ausschuss für Verteidigungserfordernisse Deutschland als den „eigentlichen potentiellen Feind, gegen den all unsere 'langfristige' Verteidigungspolitik gerichtet werden muss“, bezeichnet.<sup>19</sup> Im Dezember 1937 stellte der Minister für die Koordinierung der Verteidigung, Thomas Inskip, eine Rangliste auf, in der die Verteidigung des Territoriums von Bündnispartnern an vierter und letzter Stelle stand; eine Hilfe für Verbündete kam für ihn erst in Frage, „nachdem die anderen Ziele erreicht sind“.<sup>20</sup> Für Heeresminister Hore-Belisha gab es „keinen Zweifel“, dass es richtig sei, kontinentale Verpflichtungen an die letzte Stelle zu setzen“.<sup>21</sup> Im Februar 1938 entschied das Kabinett, lediglich zwei Infanterie- und eine mobile Division(en) bereitzustellen, und dies nur, „wenn die Situation in der übrigen Welt das erlaubt“.<sup>22</sup> Von Paris seit der Rheinlandbesetzung geforderte militärische Absprachen wurden weiterhin abgelehnt. Und auf der britisch-französischen Gipfelkonferenz im April 1938 bekamen die Gäste zu hören, dass für den Fall, dass Großbritannien doch einmal gezwungen sein könnte, Frankreich militärisch zu Seite zu stehen, lediglich zwei Divisionen zur Verfügung stünden. Diese seien zudem nicht auf dem modernsten Stand und könnten erst zwei Wochen nach der Entscheidung, sie zu entsenden, in Frankreich landen. Ob sie überhaupt jemals bereitgestellt würden, sei nicht sicher; eine bindende Verpflichtung lehne Großbritannien nach wie vor ab.<sup>23</sup>

[57:] Bevor ich auf das Jahr 1939 eingehe, möchte ich drei Zwischenbemerkungen zur Appeasementpolitik machen, die zum Verständnis des Vorgetragenen und des noch Darzustellenden beitragen können.

Erstens. In der Literatur stößt man oft auf Bemerkungen wie, die Appeaser hätten Frieden um fast jeden Preis gewollt, die Schrecken des ersten Weltkriegs seien ihnen stets gegenwärtig gewesen. Nun

---

<sup>17</sup> PRO: GAB 27/623, FP (36), 26. Sitzung.

<sup>18</sup> Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D, Bd. 1, Nr. 31

<sup>19</sup> Michael Howard, *The Continental Commitment. The Dilemma of British Defence Policy in the Era of the Two World Wars*, Harmondsworth 1974, S. 106.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 117 f; Donald Cameron Watt, *Too Serious a Business. European Armed Forces and the Approach to the Second World War*, London 1992, S. 95.

<sup>21</sup> PRO: CAB 23/90, Cab. 49 (37), 22.12.1937.

<sup>22</sup> Ebenda: CAB 23/92, Cab. 5 (38), u. CAB 24/274, CP 26 (38).

<sup>23</sup> DBFP, 3. Serie, Bd. 1, Nr. 164. Chamberlain sagte u. a., seine Regierung könne sich nicht festlegen „to sending even such a comparatively small force to the Continent in certain eventualities. [57:] He could only say that the Government of the day might decide to do so, or they might not.“ [„unter bestimmten Umständen auch nur eine so verhältnismäßig kleine Truppe auf den Kontinent zu schicken. [57:] Er konnte nur sagen, dass die jeweilige Regierung dies beschließen könnte, oder auch nicht.“]

muss man aber sehen, dass Großbritannien damals eine saturierte Macht mit dem weltweit größten Imperium war, sich aggressive Staaten durch Zugeständnisse vom Hals halten wollte und von einem erneuten Weltbrand nur verlieren konnte. Löst man den Wunsch nach Frieden von diesen spezifischen Interessenlagen ab, dann müsste oder könnte man sagen, die Gegner des Appeasement wie Winston Churchill seien weniger oder nicht friedfertig gewesen, was ihnen ja auch oft vorgeworfen wurde. Zudem waren die Appeaser nur auf sich selbst bedacht. Ihr Friedenswille erstreckt sich nicht auf Chinesen, Abessinier, Tschechoslowaken, Polen und Russen. Sie gingen mehrheitlich von der Teilbarkeit des Friedens aus, und diejenigen, die dessen Unteilbarkeit betonten – wie Eden oder Marineminister Duff Cooper –, wurden unwirksam gemacht, aus der Regierung verdrängt oder traten zurück.

Zweitens. In der Literatur wurden und werden oft – Argumenten von Appeasern folgend – eine rüstungsmäßige und militärische Schwäche Großbritanniens und der sich daraus ergebende Wunsch nach Zeitgewinn als wichtige oder gar wichtigste Ursache der Münchener Politik bezeichnet. Hierzu nur dies: Abgesehen davon, dass Chamberlain meinte, sein Vorgehen mache große Rüstungsanstrengungen nicht erforderlich<sup>24</sup>, hät-[58]ten Befürchtungen über solche Schwächen nun eigentlich dazu führen müssen, sich um Verbündete zu bemühen. Das Gegenteil war der Fall. Nicht nur Frankreich, auch die USA wurden auf Distanz gehalten, von der UdSSR ganz zu schweigen. Und: Als nach dem Münchener Abkommen auch unter den Tories Zweifel, Unbehagen und Kritik rasch zunahmen, klagte der Premier, eine Menge Leute schienen „den Kopf zu verlieren und zu reden und zu denken, als wenn München einen Krieg mehr anstatt weniger imminent gemacht hätte“.<sup>25</sup> Am 9. November sprach er in einer öffentlichen Rede davon, dass Europa jetzt „ruhigeren Zeiten“ entgegengehe. Er wollte nicht verstehen, warum Militärs und konservative Opposition jetzt mehr Rüstung verlangten.<sup>26</sup>

Drittens. Chamberlain, der die Außenpolitik in ungewöhnlich starkem Maße bestimmte, war höchst selbstgefällig und arrogant. Er bildete sich ein, mit Hitler und Mussolini umgehen zu können. Wenn man die beiden Diktatoren „in der richtigen Stimmung“ erwische, gäben sie einem alles, was man wolle, schrieb er am 7. August 1937 an Halifax,<sup>27</sup> und einen Tag danach sprach er von dem „wunderbaren Machtgefühl, das das Amt des Premierministers einem gibt. Als Finanzminister hätte ich kaum einen Kieselstein bewegen können: jetzt brauche ich nur einen Finger zu rühren, und das ganze Gesicht Europas ist verändert.“<sup>28</sup> Als er gut ein Jahr später von seinem zweiten Treffen mit Hitler zurückkam, sagte er im Kabinett, Hitler „wür-[59:]de nicht mit Vorbedacht einen Mann täuschen, den er respektiere und mit dem er in Verhandlungen gestanden habe, und er sei sicher, dass Herr Hitler jetzt einigen Respekt für ihn empfinde.“ Der Kanzler habe ihm erklärt, er stelle keine weiteren territorialen Ansprüche und erstrebe nicht die Vorherrschaft in Europa. Er (Chamberlain) „glaube, dass Herr Hitler die Wahrheit sage“.<sup>29</sup> Am 10. März 1939, fünf Tage vor dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei, meinte der Premier, jetzt ziehe in Europa „eine Periode der Ruhe“ ein; sein Innenminister, Samuel Hoare, sprach am gleichen Tag gar vom Herannahen eines „Goldenen Zeitalters“.<sup>30</sup>

---

<sup>24</sup> Hierzu: Brian Bond, *The Continental Commitment in British Strategy in the 1930s*, in: *The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement*, hg. v. Wolfgang J. Mommsen u. Lothar Kettenacker, London 1983, S. 203.

<sup>25</sup> Zit. in Keith Middlemas, *Diplomacy of Illusion. The British Government and Germany 1937-1939*, London 1972, S. 414 f.

<sup>26</sup> Am 31. Oktober sagte er im Kabinett: „A good deal of false emphasis had been placed on rearmament, as though one result of the Munich Agreement had been that it would be necessary for us to add to our rearmament programmes.“ [„Die Wiederbewaffnung wurde fälschlicherweise sehr stark betont, als ob ein Ergebnis des Abkommens von München darin bestünde, dass wir unsere Wiederbewaffnungsprogramme erweitern müssten.“] (PRO: CAB 23/96, Cab. 51 (38)).

<sup>27</sup> Anthony R. Peters. *Anthony Eden at the Foreign Office 1931-1938*, New York 1986, S. 284.

<sup>28</sup> *The Neville Chamberlain Diary Letters*, Bd. 4, hg. v. Robert Self, Aldershot 2005, S. 265.

<sup>29</sup> PRO: CAB 23/95, Cab. 42 (38).

<sup>30</sup> Oliver Harvey, Privatsekretär Halifax' und davor Edens, notierte am 10. März in seinem Tagebuch: „*Times* and other papers today all contained identical and rosy accounts of present position in foreign affairs which were obviously inspired.“ [„Die *Times* und andere Zeitungen enthielten heute alle identische und rosige Berichte über die gegenwärtige Lage in der Außenpolitik, die offensichtlich inspiriert waren.“] (*The Diplomatie Diaries of Oliver Harvey 1937-1940*, hg. v. John Harvey, London 1970, S. 260).

Nach dem März 1939 kam die britische Regierung nicht umhin, Veränderungen an ihrem politischen Kurs vorzunehmen. Die wichtigsten waren die Garantieerklärung für Polen, die Aufnahme von Kontakten zur UdSSR sowie militärpolitische Maßnahmen. Diese Schritte waren aber unzureichend und halbherzig, zumal es Chamberlain und seinen Anhängern primär darum ging, die Opposition im Lande zu besänftigen und die deutsche Führung unter Druck zu setzen. Sie bedeuteten keine Aufgabe der Appeasementpolitik, wie das damals weithin empfunden und später von nicht wenigen Historikern behauptet wurde. Auch kam das aggressive Vorgehen Deutschlands keineswegs so überraschend, wie manchmal dargestellt. In den Wochen und Monaten nach dem Münchener Abkommen hatten nämlich Briten wie Franzosen mit (neuen) deutschen Aggressionsakten gerechnet und waren von Ost- und Südosteuropa [60:] weiter abgerückt. Alexander Cadogan, Ständiger Staatssekretär im Foreign Office, schrieb im Oktober 1938 in einer Aufzeichnung, „lasst Deutschland, wenn es das kann, dort seinen ‚Lebensraum‘ finden“;<sup>31</sup> im November gab der Premierminister seiner Erwartung Ausdruck, Deutschland werde in der Ukraine separatistische Bewegungen schüren und dadurch in einen Krieg mit der UdSSR geraten.<sup>32</sup> Im Dezember 1938 und mehr noch im Januar 1939 wuchsen dann aber die Befürchtungen und Ängste (wie auch Gerüchte), Deutschland könnte auch oder zuerst im Westen angreifen. Das führte dazu, dass das Kabinett im Februar Militärverhandlungen mit Frankreich zustimmte, wobei auch die Sorge mit wog, Frankreich könnte Großbritannien im Kriegsfall allein lassen. Die Verhandlungen begannen Ende März 1939.

Was die Garantiepolitik betrifft, so machte Chamberlain bereits am 20. März im Kabinett klar, dass er „keine Garantie der bestehenden Grenzen und der unbeschränkten Aufrechterhaltung des Status quo“ wünsche.<sup>33</sup> Nach intensiven Diskussionen gab er elf Tage später im Unterhaus die bekannte Erklärung ab, in der es hieß, Großbritannien werde, falls Polens Unabhängigkeit bedroht sei und die polnische Regierung militärischen Widerstand leiste, „alle in ihrer Macht stehende Hilfe“ gewähren. Am 1. April betonte die Londoner Times, das „Schlüsselwort“ sei „nicht Integrität, sondern „Unabhängigkeit“, die Erklärung beinhalte „kein blindes Akzeptieren des Status quo“. Und Chamberlain schrieb am 2. April an seine Schwester, nur die Times habe begriffen, dass es uns „nicht um die Grenzen von Staaten, sondern um Angriffe auf ihre Unabhängigkeit geht. Und wir sind es, die darüber entscheiden werden, [61:] ob diese Unabhängigkeit bedroht ist oder nicht.“<sup>34</sup> In diesen Tagen gab es im Unterhaus und in Zeitungen heftige Kritik an der Regierung. Ex-Premier Lloyd George sagte am 3. April: „Wenn es morgen Krieg gibt, könnten Sie nicht ein einziges Bataillon nach Polen schicken. ... Ich kann nicht verstehen, warum wir uns nicht, bevor wir diese gewaltige Verpflichtung eingingen, zunächst der Mitwirkung Russlands versichert haben.“<sup>35</sup> Erwägungen und Bemühungen solcherart gab es auch im Kabinett und bei den Militärs. Die Stabschefs der Teilstreitkräfte warnten vor vorschnellen Entscheidungen. Wie weit sie dabei in diesen Tagen eine Einbeziehung der UdSSR in eine östliche Front gegen Deutschland in Betracht zogen, lässt sich an Hand der vorliegenden Quellen und speziellen Untersuchungen nicht klar sagen, auch nicht für die folgenden sechs oder sieben Wochen. Ein von ihnen verfasstes und mehrfach umgeschriebenes Papier vom 28. März gelangte erst sechs Tage später auf den Kabinettstisch – wahrscheinlich wurde es so lange von Chamberlain zurückgehalten.<sup>36</sup> Dem Premier und seinen Anhängern ging es ohnehin nicht um eine östliche Abwehrfront, sondern um politische Bekundungen, mit denen sie glaubten, Deutschland abschrecken und (wieder) an den Verhandlungstisch bringen zu können.

<sup>31</sup> Die Aufzeichnung ist abgedruckt in *The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938-1945*, hg. v. David Dilks, New York 1972, S. 116-120.

<sup>32</sup> PRO: CAB 23/96, Cab. 56 (38); DBFP, 3. Serie, Bd. 3, Nr. 325 (Record of Anglo-French Conversations ...).

<sup>33</sup> PRO: CAB 23/98, Gab. 13 (39).

<sup>34</sup> *The Neville Chamberlain Diary Letters*, S. 401.

<sup>35</sup> Zit. in Charles Loch Mowat, *Britain between the Wars 1918-1940*, S. 639 f.

<sup>36</sup> Anita Prazmowska, *Britain, Poland and the Eastern Front 1939*, Cambridge 1987, S. 52 ff; Bruce Strang, *Once more onto the Breach: Britain's Guarantee to Poland, March 1939*, in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 31 (1996), S. 740.

Frankreichs Bemühen war in diesen Wochen darauf gerichtet, sich der politischen Linie Londons anzupassen und dabei den Pakt von 1921 zu berücksichtigen. Das tat Paris mit Unbehagen und zögerlich, warf die veränderte Situation doch die Frage einer Annäherung an Moskau auf und den Gedanken an eine osteuropäische Front, den die Franzosen nach dem Mün-[62:]chener Abkommen praktisch fallengelassen hatten<sup>37</sup>. So unterzeichneten General Gamelin, Chef des Stabes für Nationale Verteidigung, und der polnische Kriegsminister im Mai nur ein Protokoll, das versprach, Frankreich werde „mit dem Gros seiner Streitkräfte eine Offensivaktion gegen Deutschland beginnen“, falls Deutschland Polen überfalle. Zudem wurde die politische Vereinbarung, von dem Inkrafttreten des Protokolls abhing, unter Hinweis auf die Haltung Londons und die Verhandlungen mit der UdSSR immer wieder hinausgezögert und erst am 4. September, also nach Kriegsbeginn, unterzeichnet.

Stabsgespräche zwischen Frankreich, Großbritannien und Polen gab es nicht, und bei den ausgedehnten britisch-französischen Militärverhandlungen war die konkrete Organisierung eines militärischen Beistands für Polen kein Thema. Die Grundhaltung, zu der die politische und militärische Führung Großbritanniens schließlich gelangten, formulierten Mitte Juli die Stabschefs der Streitkräfte in einem Memorandum. In diesem Papier vom 18. Juli hieß es: „... wir möchten betonen, dass das Schicksal Polens letztlich vom Ausgang des Krieges abhängen wird, und der wiederum wird von unserer Fähigkeit abhängen, die schließliche Niederlage Deutschlands herbeizuführen, und nicht von unserer Fähigkeit, Polen von Anfang an von Druck zu entlasten.“<sup>38</sup> Diese strategische Linie blieb unverändert.

Unverändert blieb auch die Haltung zur UdSSR. Als im Mai immer mehr Politiker auf ein Bündnis mit Moskau drängten und die Stabschefs schließlich für Vereinbarungen mit der sowjetischen Führung eintraten – das taten die Militärs aus der Besorgnis heraus, die UdSSR könnte im Kriegsfall neutral blei-[63:]ben und Deutschland sich dadurch zu weiteren Aggressionen ermuntert fühlen<sup>39</sup> –, da entschloss sich das Kabinett zwar, direkt mit Moskau zu verhandeln. London entsandte aber lediglich einen Abteilungsleiter des Foreign Office; im September 1938 war der Premier dreimal zu Hitler geeilt. Und während Unterhaus, Zeitungen und öffentliche Meinung den Kurs der Regierung massiv kritisierten, klagte Chamberlain am 28. Mai in einem Brief an seine Schwester, es gebe „kein Anzeichen der Ablehnung des Bündnisses [mit der UdSSR] in der Presse“ und es sei „offensichtlich, dass eine Weigerung zu immensen Schwierigkeiten im Unterhaus führen würde, selbst wenn ich mein Kabinett überzeugen könnte“. So habe er mit Herace Wilson (seinem Vertrauten und wichtigsten Berater) einen Plan entwickelt, „der in der Substanz den Russen gibt, was sie wollen,“ aber „die Idee einer Allianz vermeidet und durch eine Erklärung unserer *Absichten* unter bestimmten Voraussetzungen ersetzt“.<sup>40</sup> Im Juni sprachen sich bei einer repräsentativen Meinungsumfrage 84 Prozent der Befragten für ein Militärbündnis zwischen Großbritannien, Frankreich und Russland aus – im März hatten ebenfalls 84 Prozent für bessere Beziehungen zur UdSSR votiert.<sup>41</sup>

In diesen und in den folgenden Wochen bemühten sich Chamberlain und seine politischen Freunde weiterhin, die bestehenden Gegensätze zu Deutschland auszugleichen, auch durch Geheimverhandlungen, die sie aus Sorge, es könnte etwas publik werden, selbst vor Kabinettsmitgliedern zu verbergen suchten. In der zwielichtigen politischen Atmosphäre, die hieraus und aus den dargestellten anderen Umständen entstand, verbreitete sich in London und in Paris der Verdacht, es könnte ein neues München geben. In der zweiten Junihälfte [64:] telegraphierte der USA-Geschäftsträger in Frankreich

---

<sup>37</sup> Näheres zu diesem viel behandelten Thema bei Jean-Baptiste Duroselle, *La Décadence 1932-1939*, Paris 1979, S. 370 ff., 386 ff., u. René Girault, *Der Kriegseintritt einer uneinigen Nation: Frankreich*, in: *Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale*, hg. v. Helmut Altrichter und Josef Becker, München 1989, S. 125 f.

<sup>38</sup> PRO: CAB 53/51, COS 939, zit. in Prazmowska, S. 167.

<sup>39</sup> Ein längeres Zitat hierzu bei Telford Taylor, *Munich, the price of peace*, London 1979, S. 976. Siehe auch Prazmowska, S. 138.

<sup>40</sup> *The Neville Chamberlain Diary Letters*, S. 418. Acht Tage zuvor hatte Cadogan in seinem Tagebuch notiert, „P. M. says he will resign rather than sign alliance with Soviet.“ [„Der Premierminister sagt, er werde eher zurücktreten als ein Bündnis mit den Sowjets zu unterzeichnen.“] (*The Diaries*, S. 182).

<sup>41</sup> Einzelheiten bei Adamthwaite, S. 216 f.

nach Washington: „Ich habe den Eindruck, dass ein zweites München, diesmal auf Kosten Polens, im Entstehen ist.“<sup>42</sup>

Genau dieses wurde noch Anfang September versucht. Am 1. September sandte die britische Regierung eine Warnung nach Berlin mit der Forderung, jegliche aggressiven Handlungen gegen Polen einzustellen und die Streitkräfte zurückzuziehen. Für die Beantwortung war kein Termin genannt, und der britische Botschafter in Berlin wurde zu der Erklärung ermächtigt, dass die Mitteilung kein Ultimatum sei. Zugleich hofften die Appeaser um Chamberlain auf das Zustandekommen einer von Mussolini am 31. August vorgeschlagenen Konferenz, die eine „Regelung des deutsch-polnischen Konflikts“ nach Münchener Muster herbeiführen sollte. Als dann weder am 1. noch am 2. September eine Antwort aus Berlin kam, wurde der Druck der Opposition so stark, dass mehrere Kabinettsmitglieder unter Hinweis auf die öffentliche Meinung vor Untätigkeit warnten. In der Unterhaussitzung am 2. September sprach der Premierminister hauptsächlich über Mussolinis Konferenzvorschlag und erklärte, wenn Deutschland einem Rückzug zustimme, werde seine Regierung die Situation wie vor dem 1. September betrachten. Ihm schlug Empörung und Erbitterung entgegen. Am späten Abend teilten Chamberlain und Halifax ihren französischen Amtskollegen telefonisch mit, dass sie eine Kriegserklärung nicht länger hinauszögern könnten. Der Premier sagte, „die Lage hier sei sehr ernst. Es habe eine ärgerliche Szene im Unterhaus gegeben“, und Halifax meinte, „es scheine sehr zweifelhaft, ob die Regierung der Situation hier Herr bleiben würde“, man werde notfalls ohne die Franzosen handeln.<sup>43</sup> Als in der Kabinettsitzung kurz vor Mitternacht einige Mitglieder [65] erklärten, sie würden den Raum nicht verlassen, bevor ein Ultimatum abgesandt werde, lenkte Chamberlain widerwillig ein.

Nennenswerte Hilfe erhielt Polen nicht. Das britisch-polnische Beistandsabkommen vom 25. August blieb eine papierene Angelegenheit. Am 12. September erklärte General Gamelin als Oberbefehlshaber der französischen Landstreitkräfte in der ersten Sitzung des kurz nach Kriegsbeginn gebildeten interalliierten Obersten Kriegsrats, „er habe nicht die Absicht, seine Armee gegen die deutschen Hauptverteidigungslinien zu werfen“, auch nicht, falls Polen länger als erwartet aushalten sollte.<sup>44</sup> Zwei Tage danach bestätigte das britische (Kriegs-) Kabinett die knapp zwei Monate zuvor von den Stabschefs formulierte Leitlinie mit den (nahezu identischen) Worten: „Das Schicksal Polens wird letztlich vom Ausgang des Krieges abhängen; d. h. von unserer Fähigkeit, Deutschland zu besiegen, und nicht von unserer Fähigkeit, Polen von Anfang an von Druck zu entlasten. Es wurde festgelegt, dass dies die vorrangige Überlegung ist, die den Kurs unseres Handels bestimmt.“<sup>45</sup>

---

<sup>42</sup> The Foreign Relations of the United States. Diplomatie Papers, 1939, Bd. 1, S. 193. „As the summer progressed, Churchill became increasingly worried about the sense of defeatism and despair which he began to feel around him“, schrieb Martin Gilbert in seiner mehrbändigen Churchill-Biografie (Winston S. Churchill, Bd. 5, London 1976, S. 1074). [„Im Laufe des Sommers wurde Churchill immer besorgter über das Gefühl des Defätismus und der Verzweiflung, das ihn allmählich erfasste“]

<sup>43</sup> DBFP, 3. Serie, Bd. 7, Nr. 740 und 741.

<sup>44</sup> PRO: CAB 66/1, S. 319 f.

<sup>45</sup> Das Zitierte ist Teil eines Telegramms, das Präsident Roosevelt zur Information gesandt wurde und fast vollständig abgedruckt ist bei Ian Colvin, The Chamberlain Cabinet, London 1971, S. 256-258.

[66:]

**Prof. Dr. Kurt Pätzold**

### **Die Deutschen am Beginn des Zweiten Weltkrieges. Stimmungen, Erwartungen und die Reaktion der Machthaber**

Dieser 1. September 1939 steht mit blutigen Lettern in den deutschen, den europäischen und den Geschichtsbüchern zur Weltgeschichte. Wie die Völker aus dem Krieg, der an diesem Tage begann, herauskamen, das ist über die Zeitgenossen hinaus in Erinnerung geblieben. Keine Losung war populärer als diese eine „Nie wieder Krieg!“ Sie wurde Kampfruf einer weltumspannenden Friedensbewegung. Wie aber kamen Millionen Angehörige der europäischen Völker in diesen Krieg hinein? Wie stand es da um ihren Gedanken- und Gefühlshaushalt? Davon soll mit dem Blick auf die Deutschen die Rede sein, also auf damals nahezu 80 Millionen Menschen, die in jenem Staate lebten, von dem der Krieg in Europa ausging. Bis auf den heutigen Tag finden sich in der Geschichtspublizistik über diesen Gegenstand verwegene Behauptungen, so kürzlich die, derzufolge Hitlers „Untertanen“ den Beginn des Krieges bejubelt haben.<sup>1</sup> Autoren solcher Thesen geben sich in der Regel als Vertreter eines besonders kritischen Umgangs mit der Geschichte der Deutschen. Doch die zeitgenössischen Quellen bezeugen solchen Jubel nicht. Sie sollen im Folgenden für unsere Analyse herangezogen werden, unter Verzicht auf jene Unmassen späterer, folglich rückblickender Schilderungen eigener Befindlichkeiten, die sich in gedruckten und archivierten Erinnerungen finden. Dabei soll die Antwort auf unsere Frage nicht mit der Schilderung der Stimmungen ihr bewenden haben. Der Focus wird auf die Reaktionen der Machthaber und ihre Taktik gerichtet, diese für ihre Zwecke und Ziele zu verändern.

[67:] Zu keinem anderen Tag – vielleicht mit der Ausnahme des 30. Januar 1933 – ist dieser 1. September 1939 so häufig in Beziehung gesetzt worden wie zu jenem im August 1914<sup>2</sup>, an dem der Weltkrieg begann, der dann der erste hieß.<sup>3</sup> Der Vergleich hat vor allem Unterschiede scharf hervortreten lassen. Damals Kundgebungen der Kriegsbegeisterung, ein Vierteljahrhundert später nichts davon. Damals der „Geist von 1914“, später nie die Erfindung oder Beschwörung eines Geistes von 1939. Damals das feierlich-unfromme Gerede und Geschreibsel vom reinigenden oder erweckenden Erlebnis und vom Stahlbad, 1939 – jedenfalls zunächst – das Schweigen selbst der dienstbarsten Geister des Dritten Reiches in den Bezirken der Dichtung und Wissenschaft. Die Differenz liegt auf der Hand, ohne dass Gemeinsamkeiten bestritten werden könnten: die Angst und die Tränen von Menschen, die Sorge schon um den morgigen Tag, die Furcht vor dem Verlust der Nächsten und auch die Ablehnung und Verachtung des Krieges durch an Zahl sehr verschieden große Minderheiten zwischen Saar und Memel.

Was zu dem Geist, der vor nunmehr 95 Jahren durch das Deutsche Reich geschwebt sein soll, und zu seinen Folgen zu sagen war, hat Kurt Tucholsky mehrfach beschrieben. 1920 in „Das Gesicht der Stadt“, einem Artikel, er sich mit den Wandlungen Berlins auseinandersetzt und in der er den Beginn des Niedergangs der Stadt mit dem 1. August datiert: „... das begann damals, als die Gassen widerhallten vom Toben bedau-[68:]ernswerter Irrer, die auszogen, die Welt zu erobern und höchstens Brüsseler Spitzen, ein paar gestohlene Schweine und die Syphilis heimbrachten.“<sup>4</sup> 1924, am 10. Jahrestag des Kriegsbeginns, kehrt er zum Ereignis zurück: „Die Woge von Betrunkenheit, die heute vor zehn Jahren durchs Land ging, hat eine Schar Verkaterter hinterlassen, die kein andres Mittel gegen ihren Katzenjammer kennen, als sich noch einmal zu betrinken. Sie haben nichts gelernt.“<sup>5</sup> Gewiss: Nationalismus in seiner Steigerungsform bis zum Nationalchauvinismus hat es damals nicht nur Deutschland gegeben. Und dennoch: existierten Differenzen von Land zu Land. Tucholsky hat sie

<sup>1</sup> Jan Freitag, Aus der Sicht der Opfer. In: Neues Deutschland, 18. August 2009, S. 11.

<sup>2</sup> Schon vor mehr als drei Jahrzehnten lag in Frankreich eine umfassende kritische Studie über die Stimmung der Volksmassen bei Kriegsbeginn 1914 vor: Jean-Jacques Becker, 1914. Comment les Français sont entrés dans la guerre. Contribution à l'étude de l'opinion publique printemps - été 1914, Paris 1977.

<sup>3</sup> Beispielsweise: Hans Maier, Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 38 (1990), S. 525-542.

<sup>4</sup> Kurt Tucholsky, Das Gesicht der Stadt. In: Ders., Ein Pyrenäenbuch. Auswahl 1920-1923. Berlin 1969: S. 312.

<sup>5</sup> Kurt Tucholsky, Der Geist von 1914. In: Die Weltbühne, 07.08.1924, Nr. 32, S. 204.



mithilfe eines Zeitzeugenberichtes geschildert, gegeben von einem Deutschen, der die Tage des beginnenden Krieges zuerst jenseits und dann diesseits des Rheines erlebte. Von den Beobachtungen auf französischem Boden hieß es darin: „Durch Frankreich ging ein stummer Schrei. Keiner wollte es glauben. Die Leute hätten sich wie erstarrt angesehen, fuhr er fort – es kann ja nicht sein, es kann nicht sein, stand in den Gesichtern. Totenstill ging eine Nation ans Sterben. Dies war der Eindruck der allerersten Tage. Es ist selbstverständlich, dass, als der Apparat einsetzte, Spionenhetze, Tobsuchtsanfälle und Staatskoller genau so ausbrachen wie bei uns. Aber die Franzosen sagen das heute! Solange das Volk sprach, der kleine Mann, der einzelne, solange die große Kollektivität noch nicht richtig funktionierte – so lange sprach die Stimme der Menschlichkeit.“ Und in Deutschland? „Ich glaubte, ich sei auf ein Schützenfest geraten. Glockenläuten, Girlanden, Freibier, Juhu und Hurra – ein großer Rummelplatz war meine Heimat, und von dem Krieg, in den sie da ging, hatte sie nicht die leiseste Vorstellung.“ Krieg ist, wenn die andern sterben. Helden – es waren nicht einmal Helden in dem Augenblick. Es waren die armen und rohen Geneppten einer Bauernkirchweih.“<sup>6</sup> Zu [69:] diesen Bildern sind die von nationalistischen Geschichtsschreibern lange unterschlagenen hinzuzudenken, die uns Zehntausende von Kriegsgegnern, meist Arbeiter, Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie, in den letzten Julitagen 1914 in und vor überfüllten Kundgebungsstätten und bei Demonstrationen zeigen, die auch, so z.B. in Stuttgart zu Zusammenstößen mit der Polizei führten.

Selbst wenn, wie jüngst zu recht geschehen, darauf verwiesen wird, dass das verbreitete Bild von den Deutschen<sup>7</sup> bei Beginn des Weltkriegs absichtsvoll in grellen Farben gemalt wurde<sup>8</sup> und der „Geist von 1914“ ein gehätscheltes Kind hurrapatriotischer Geschichtsschreiber der Weimarer Republik war, bleibt doch, dass Generationen, die im Kaiserreich mehr als vier Jahrzehnte im Frieden gelebt hatten oder in dieser Frie-[70:]densperiode herangewachsen waren, den Kriegsbeginn 1914 anders aufnahmen, als es jene taten, die mit Erinnerungen an die folgenden vier Jahre lebten. Wer 35 Jahre und älter war, vermochte sich 1939 der Kriegseindrücke noch aus Eigenem zu erinnern. Die Jüngeren hatten Berichte in Familien gehört, von denen kaum eine ohne einen Kriegstoten oder -verwundeten war, sie hatten in Kirchen, Schulen und Betrieben auf ehrenden Tafeln die langen Namenreihen für die Gefallenen gelesen. Und zudem hatten Hitlers verlogene, Friedenswillen betauernde Reden dazu beigetragen, den Widerwillen gegen den Krieg zu bestärken.

Über die Atmosphäre im Stadtzentrum Berlins am 1. August 1914 schrieb die „Frankfurter Zeitung“: „Unter den Linden und vor dem königlichen Schloss sammelten sich bald nach der Bekanntmachung der Mobilmachung viele Hunderttausende von Menschen. Jeder Wagenverkehr hörte auf. Der Lustgarten und der freie Platz vor dem Schloss waren dicht gefüllt von den Menschenmassen, die patriotische Lieder sangen. Gegen 1/2 7 Uhr erschien der Kaiser, von einem unbeschreiblich starken Jubel und von Hurrarufen begrüßt. Patriotische Lieder wurden angestimmt. Nach einiger Zeit trat in der Menge Ruhe ein. Unter tiefstem Schweigen sprach der Kaiser dann ungefähr: ‚Wenn es zum Krieg kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder. In Friedenszeiten hat mich zwar die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich ihr aber jetzt von ganzem Herzen.‘ ...

---

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Michael Stöcken, *Augusterlebnis 1914 in Darmstadt Legende und Wirklichkeit*, Darmstadt 1994 (Die Monographie ist aus einer Magisterarbeit an der Technischen Hochschule Darmstadt hervorgegangen.) Wolfgang Kruse: *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15*; Klartext Verlag, Essen 1994 (Der Publikation liegt eine Dissertation an der Fernuniversität Hagen zugrunde.) Christian Geinitz, *Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft Das Augusterlebnis in Freiburg. Eine Studie zum Kriegsbeginn 1914*, Essen 1998 (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Bd. 7). Der Prozess der Ernüchterung lässt sich verfolgen in: Bernd Ulrich/Benjamin Ziemann (Hrsg.): *Frontalltag im Ersten Weltkrieg Wahn und Wirklichkeit. Quellen und Dokumente*; Frankfurt am Main 1994. Auch zehn Jahre später setzte sich die Auseinandersetzung um das „Augusterlebnis“ fort. Jochen Bölsche: *Der Kriegsausbruch. „Ein Hammerschlag ...“*, in: *Spiegel spezial 1* (2004), 30. März 2004, S. 32. Indessen haben nicht nur Jahrestage die Beschäftigung mit dem Thema angeregt: Jeffrey Verhey, *Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000. Ziemann, Benjamin: *Front und Heimat*, Essen 1997. S. auch: Wolfgang Pieroth, *Eine Frage der Quellen. Das „Augusterlebnis“ 1914*. In: *Praxis Geschichte 3/2007*.

<sup>8</sup> Wolfgang Mühl-Benninghaus, *Der deutsche Film im 1. Weltkrieg. Vom Augusterlebnis zur Ufa-Gründung*, Berlin 2004.

An diese Worte des Kaisers schloss sich ein Jubel, wie er wohl noch niemals in Berlin erklingen ist.<sup>9</sup> Zuvor schon sollen nach einem anderen Bericht die versammelten Mordspatrioten, als sie gegen 17 Uhr von der Ablehnung des deutschen Ultimatums durch Russland unterrichtet worden waren, „Nun danket alle Gott“ angestimmt [71:] haben. Solchem Text muss Parteinahme und Absicht nicht entrissen werden, er trägt sie gleichsam wie eine Fahne vor sich her. Nur an der Tatsache, dass es solche vorwiegend von Kreisen des Bürgertums und Kleinbürgertums und der „patriotischen“, meist wohl studierenden Jugend gebildete Menschenansammlungen gegeben hat, daran ist nicht zu zweifeln. Vergleichbares hat sich in Deutschland am 1. oder am 3. September 1939 nicht zugetragen.

Millionen fühlten sich in diesen Septembertagen geistig und mental gleichsam überrumpelt, manche bis zur Erstarrung. Freilich: nicht vollends und nicht ohne eigenes Verschulden. Vielerorts hatten sich die unmittelbar auf den Beginn eines Feldzugs gerichteten Kriegsvorbereitungen in den Augusttagen durch Augenschein wahrnehmen lassen. „Reservisten mit Rucksack und Papierkarton drängen sich in den Straßen, auf den Bahnsteigen, in den Wartesälen.“ Und „Die Truppen rollen gen Osten.“ So lauten Tagebuch-Eintragungen von Ruth Andreas.<sup>10</sup> Selbst ein nur flüchtiger Blick in die Zeitungen machte schon Wochen vor dem Ausbruch der unmittelbaren Vorkriegskrise lesbar, dass die Forderungen an den polnischen Nachbarn deutscherseits beständig provokatorischer wurden. An Stammtischen fanden Erörterungen darüber statt, ob die Westmächte die Durchsetzung von Ansprüchen an den östlichen Nachbarn hinnehmen würden oder, geschähe das nicht, ob dann Deutschland sich mit Russland verbünden werde oder das die Westmächte tun würden. Doch das Fazit aller Beobachtungen Victor Klemperers hatte im Juni 1939 und auch später noch gelautet: „Aber das Volk glaubt wirklich an Frieden. Er wird Polen nehmen (oder aufteilen), die ‚Demokratien‘ werden nicht einzugreifen wagen.“<sup>11</sup> Das erwies sich als ein Irrtum.

Millionen Deutsche hatten an ihren Wunschtraum vom Frieden [72:] festgehalten. Sie erwiesen sich gegenüber dem Trommelfeuer der NS-Propaganda, die sie auf den Krieg einstellen und ihnen vom Kriege zugleich ein falsches, beruhigendes Bild geben wollte, als weitgehend unverletzlich. Das ist erstaunlich angesichts des Dauerbeschusses, den eine Auswahl von Überschriften verdeutlichen mag, die Zeitungslesern im Reich in der letzten Augustdekade vor Augen kamen: „Polnische Schreckensherrschaft in den Grenzgebieten“, „Volksdeutsche geschlagen und in die Gefängnisse geworfen“, „Frauen und Kinder schwer misshandelt“, „Aus der polnischen Hölle entkommen“, „Polen morden Säugling“<sup>12</sup>, „Der Polenterror überschreitet jedes Maß“<sup>13</sup>, „Deutsche in polnischen Kerkern grausam misshandelt“, „Flüchtlinge mit Hunden gehetzt“, „Auf der Flucht erschossen“<sup>14</sup>, „Raubgier feiert Orgien. Viehische Ausschreitungen“<sup>15</sup>, „Blutterror wächst“, „Massenmord an Wehrlosen“<sup>16</sup>. Die Texte entstammen Ausgaben des „Stuttgarter Neuen Tageblattes“ von fünf aufeinander folgenden Tagen und waren zumeist als Aufmacher platziert. Kommentare kennzeichneten den „wahren Charakter der Polen“ als brutal, grausam, hochmütig, eitel, hinterhältig, gemein<sup>17</sup> und bezeichneten sie als „Untermenschen“. Die Politik der polnischen Regierung und das Hervortreten von Nationalisten im Lande wurden als hemmungslos aggressiv und kriegshysterisch dargestellt. Das Ziel bestehe in der Eroberung Ostpreußens, Danzigs und Schlesiens. Für deutsche Städte würden Beschriftungen von Bahnhöfen [73:] in polnischer Sprache vorbereitet. Breslau solle dann Wroclaw heißen.<sup>18</sup> Auch ein Krieg gegen Litauen werde vorbereitet.

<sup>9</sup> Zit. nach: Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II. Hg. v. E. Johann, München 1966, S. 125 f. Ganz andere Stimmen aus den Augusttagen lasst zu Worte kommen: Jochen Bölsche, „Ein Hammerschlag auf Herz und Hirn“, in: Stephan Burgdorff/Klaus Wiegrefe, Der Erste Weltkrieg, 2. Auflage, 2004, S. 54 ff.

<sup>10</sup> Ebenda, Eintragung 26. u. 28. August 1939, S. 52 u. 53.

<sup>11</sup> Victor Klemperer, Tagebücher 1933-1941, Eintrag vom 7. Juni 1939, S. 473.

<sup>12</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 387 (Morgenausgabe), 21. August 1939.

<sup>13</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 388 (Abendausgabe), 21. August 1939.

<sup>14</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 389 (Morgenausgabe), 22. August 1939.

<sup>15</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 390 (Abendausgabe), 22. August 1939.

<sup>16</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 396 (Abendausgabe), 25. August 1939.

<sup>17</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 392 (Abendausgabe), 23. August 1939.

<sup>18</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 397 (Morgenausgabe), 26. August 1939.

Die Masse der Deutschen verhielt sich in diesem zur Neige gehenden Sommer, den viele wie üblich genossen, als Verdrängungskünstler, denn deren Fähigkeit war nötig, um angesichts allein schon der offiziellen Nachrichten, Kommentare und Berichte sich zu beruhigen. So erschienen in Zeitungen Artikel über den „ehernen Westwall“, das in Eile errichtete System von Verteidigungsanlagen an der Grenze zu Frankreich, das als „das gewaltigste Verteidigungssystem aller Zeiten“ beschrieben wurde. So stellte ihn auch ein in den Kinos zu sehender Dokumentarfilm dar. Ein Report über die „Luftverteidigungszone West“, mit dem der vor allem im Zusammenhang mit den intensivierten Luftschutzübungen sich ausbreitenden Furcht vor einem Bombenkrieg begegnet werden sollte, erschien unter der Überschrift „Hier kommt kein Angreifer durch“. In diese Propaganda reihte sich ein Interview des Landwirtschaftsministers, der versicherte, dass sich Hungerzustände wie die im Weltkrieg nicht wiederholen könnten. Doch gab es auch Erscheinungen von Unruhe und Vorsorge. Davon zeugte beispielsweise ein Aufruf an Eltern, die in diesen Tagen der Ungewissheit ihre Kinder um sich haben und sie daher aus Dörfern von ihren Einsätzen zur Ernte zurückriefen, sie bei ihrer Arbeit zu belassen, damit die erwarteten Erträge geborgen werden könnten. Solche und ähnliche Beobachtungen kommentierte der später durch seine Bücher, vor allem durch „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“, weithin Berühmtheit erlangende US-amerikanische Rundfunkkorrespondent William L. Shirer mit dem Bemerkten, das deutsche Volk ist „noch nicht wirklich auf einen Krieg vorbereitet worden“ und es lasse sich „unter den Massen keinerlei Kriegsbegeisterung registrieren“. Nachdem am Morgen des 27. August Rundfunk und Zeitungen [74:] die Rationierung von Nahrungsmitteln und weiteren Waren des täglichen Bedarfs bekannt gemacht hatten, notierte er: „Der Durchschnittsdeutsche macht heute einen entmutigten Eindruck.“<sup>19</sup>

Diese Ablehnung des Krieges und vor allem die Furcht, dass er wieder Jahre dauern könne, waren den Faschisten an der Staatsspitze bewusst. Ein Blick aus den Fenstern der Reichskanzlei auf den Wilhelmplatz konnte ihnen das am 3. September 1939 bestätigen. Dort – das wäre die vergleichbare Szene zu der vor dem Schloss im August 1914 – hatten sich nur etwa 250 Personen um Lautsprecher versammelt und hörten die Mitteilung von Großbritanniens Kriegserklärung. „Nach Beendigung der Durchsage gab es nicht einmal ein Murmeln. Sie standen unverändert dort. Betäubt. Die Leute können es noch nicht fassen, dass Hitler sie in den Weltkrieg geführt hat.“<sup>20</sup> So wieder der Augenzeuge William L. Shirer, der auch seine Beobachtungen mit Berichten vom August 1914 verglich: „Heute: keine Begeisterung, kein Hurrageschrei, keine Hochrufe, kein Blumenstreuen, kein Kriegsfieber, keine Kriegshysterie. Nicht einmal Hass auf Franzosen und Briten ...“.<sup>21</sup> Und die Analyse in den SOPADE-Berichten besagte, dass bei weitem nicht alle „verrückt“ wären. „O nein, Begeisterung gibt es überhaupt nirgends.“<sup>22</sup> Die verbreitete Ablehnung des Krieges hatten auch ganz unterschiedlich gesonnene britische Besucher im Reich [75:] festgestellt.<sup>23</sup>

Diese Volksstimmung konnten die Machthaber als Beweis für das Scheitern der Absicht ansehen, die Hitler den Spezialisten der NS-Presse vor knapper Jahresfrist in München am 10. November 1938 auseinandergesetzt hatte: dem Volke „die Vorgänge“ so darzustellen, dass dessen Seele schließlich nach Gewalt rufe. Nun suchten sie im Kriege nachzuholen, was ihnen im Vorkrieg nicht gelungen war. Dabei reagierten sie nicht überstürzt, mit Geschick und Raffinesse und brauchten im Kern Neu es nichts zu erfinden. Sie griffen zu der 1914 von der kaiserlichen Regierung benutzten Formel vom „uns aufgezwungenen Krieg“.<sup>24</sup> Besonderer Wert wurde auf die Beteuerung gelegt „Der Führer hat

<sup>19</sup> William L. Shirer, Tagebuch, Eintragungen vom 24. und 29. August 1939, S. 177 u. 182.

<sup>20</sup> William L. Shirer, Tagebuch, Eintragung 3. September 1939, S. 191.

<sup>21</sup> Ebenda, Eintragung 3. September 1939, S. 192. Das schloss nicht aus, dass sich Wehrmachtssoldaten auf ihrem Weg an die Front ähnlich artikulierten, wie es ihre Vater 1914 getan hatten. So existieren Fotos von Fahrzeugen mit der Aufschrift, man werde nun die „Polen verscholen“. Doch bildeten derlei Soldatenbelustigungen offenbar Ausnahmen. SOPADE-Berichte, 6. Jg. 1939, Nr. 8, S. 977.

<sup>22</sup> Angela Schwarz, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-1939). Göttingen 1993. S. 374-375 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. Bd. 31, Hg. Adolf M. Birke).

<sup>24</sup> Kurt Pätzold, Der uns aufgezwungene Krieg. In: Ders./Manfred Weißbecker, Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Bd. 1, S. 118-124. An dieser Formel wurde während aller Jahre festgehalten. Sie prangte in den Aufhängen der Häuser auch von der „Parole der Woche“ 1940, Nr. 16.

diesen Krieg nicht gewollt.“<sup>25</sup> Englands angeblich von Juden gelenkte Regierung wurde, unter Ausparung des französischen Gegners<sup>26</sup>, als der alleinige Kriegsinteressent hingestellt. Diese Version besaß freilich den Nachteil, dass ihr stillschweigend ein Bedauern über den verlorenen Frieden beigemischt war, eine Stimmung, die, jedenfalls wenn sie dauerte, dem Ziel der Machthaber, die Bevölkerung-[76:]rung zu äußersten Kriegsanstrengungen zu mobilisieren, nicht förderlich sein konnte. Doch ließ sich darauf vertrauen, dass militärische Siege, zumal wenn sie ohne große Opfer gegen den hoffnungslos unterlegenen polnischen Gegner erreicht waren, die Stimmung wandeln und – nolens volens – eine Gewöhnung an das einschneidend veränderte Leben eintreten werde. Einmal im Krieg, würden die Deutschen ihn vor allem nicht verlieren wollen. Bei diesem Wunsch ließen sich die Massen packen und von der Führung gleichsam sicher an den Haken nehmen.

Zunächst verzichteten die deutsche Führung in den ersten Septembertagen auf jede Kriegsbegeisterung demonstrierende Massenkundgebung ihrer Anhänger, die Goebbels in seiner Eigenschaft als Berliner NSDAP-Gauleiter in der für derlei Spektakel mehrfach genutzten Sporthalle leicht hätte inszenieren können. Doch wären sie mit einer derartigen Kundgebung nur Gefahr gelaufen, die Partei von der Bevölkerungsmasse zu isolieren. Das war noch nicht die Stunde des Propagandaministers, über dessen fehlende Wortmeldung sich Victor Klemperer wunderte, der am 10. Tag des Krieges in sein Tagebuch schrieb: „Wo ist Goebbels? Er schweigt seit Kriegsausbruch, nein, schon seit Russenbund.“<sup>27</sup> Die Töne wurden auf Moll gestimmt: die Deutschen wüssten um die Schwere des Krieges, sie gingen in ihn ernst wie in ein Gebet.

Zur Demagogie vom unschuldig verlorenen Frieden gehörte die Befolgung der Devise: Im Hause des Henkers spricht man nicht vom Strick. Die Propaganda vermied allein schon das Schreckwort Krieg, jedenfalls sofern vom eigenen Haus gesprochen wurde. Die Vorgabe hatte Hitlers Rede am Tage des deutschen Einfalls in Polen geliefert.<sup>28</sup> Nicht, dass dem Nachbarstaat, der angeblich den Krieg wollte, deutscherseits Krieg [77:] erklärt wurde. Vielmehr wurde nun „zurückgeschossen“, „Gewalt gegen Gewalt“ gesetzt, dem Gegner „mit dem Schwert entgegengetreten“, der „Schutz des Reiches gewährleistet“ und ein „Abwehrkampf“ geführt. Dem ersten Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht zufolge hatten „Kampfhandlungen“ begonnen. Deutschland befand sich „im Kampf“, seine Bevölkerung lebte nun „in Zeiten des Kampfes“. So auch die Wortwahl im Aufruf des katholischen Feldbischofs Franz Justus Rarkowski, der von einer „Feuerprobe der Bewährung“, dem „Kampf um Lebensrechte“, vom „Schutz des Lebens der Nation“ und von „Sturmestagen“ sprach.<sup>29</sup>

Das Wort Krieg wurde nur im Hinblick auf die Politik der Gegner benutzt, so in der These „Polen zwingt und den Krieg auf“.<sup>30</sup> Als die Regierung in London am dritten Septembertag erklärte, Großbritannien befinde sich mit dem Deutschen Reich in Kriegszustand und aus Paris die entsprechende Nachricht in Frankreichs Namen einging, hieß es in der NS-Presse „Die Westmächte brechen den Frieden“.<sup>31</sup> Britische Machtpolitiker hätten das eigene Volk in den Krieg getrieben und wollten das deutsche in ihn hineinziehen.<sup>32</sup> Auf des Gegners Seite hatte eine „Kriegspartei“ gesiegt und war „Kriegshysterie“ entfacht worden, dort tagte ein „Kriegskabinet“ und agierten „Kriegshetzer“, dort wurden Kriegskredite“ aufgelegt und ein „Kriegshaushalt“ beschlossen, dort lag die „Kriegs-

<sup>25</sup> Rede von Joseph Goebbels am 17. April 190 im Berliner Sportpalast anlässlich der Rechenschaftslegung des 1. Kriegswinterhilfswerkes. Goebbels Reden, Bd. 2, 1939-1945. Hg. Von Helmut Heiber München 1972, S. 19.

<sup>26</sup> Diese Differenzierung änderte sich in der Propaganda abrupt, als der Krieg im Mai und Juni 1940 in Frankreich geführt wurde. Dann hetzte eine im Juni herausgegebene „Parole der Woche“ gegen die „schwarzafrikanischen Soldaten“ und gegen das „verjudete und verneigte Frankreich“ Parole der Woche, 1940, Nr. 24.

<sup>27</sup> Victor Klemperer, Tagebuch 1933-1941, Eintragung 10. September 1939, S. 488.

<sup>28</sup> Verhandlungen des Reichstags, 4. Wahlperiode. 3. Sitzung, 1. September 1939, Bd. 460, S. 47.

<sup>29</sup> Verordnungsblatt des katholischen Feldbischofs der Wehrmacht, 1939, S. 5.

<sup>30</sup> So im Aufmacher in: Nordwestdeutsche Zeitung, Nr. 204, 1. September 1939.

<sup>31</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. Nr. 411, (Morgenausgabe), 4. September 1939.

<sup>32</sup> Hitler in seiner Proklamation nach den Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs. Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. Nr. 411 (Morgenausgabe), 4. September 1939, S. 2. S. auch den Tagesbefehl des Oberbefehlshabers des Heeres vom 6. September 1939. In: Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. 417 (Morgenausgabe), 7. September 1939, S. 1.

[78:]schuld“ und existierten Kriegsgründe“. Großbritannien führe einen „Wirtschaftskrieg“, einen „Piratenkrieg“ und „Kaperkrieg“ zur See und den „Hungerkrieg gegen die Welt“.

Charakterisierte die deutsche Propaganda die eigene Politik, war und blieb Krieg zunächst ein Tabuwort. Einzig die deutsche Bürokratie vermochte sich weder in der Wehrmacht noch in Wirtschaft und Justiz dem anzuschließen. Dort existierten die „Kriegsranliste“ und der „Kriegsstammrolle“. In der „Kriegswirtschaftsverordnung“<sup>33</sup>, erlassen vom Ministerrat für die Reichsverteidigung gab es „Kriegsbeiträge“, „Kriegszuschläge“, „Kriegslöhne“ und „Kriegspreise“ und auch „kriegsschädliches Verhalten“. Im Versicherungsgewerbe ließen sich Bezeichnungen wie „Kriegsschäden“ infolge von „Kriegshandlungen“ nicht umgehen. Auch nicht zur Bestimmung weiterer Straftatbestände in der „Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege“<sup>34</sup>, die den Machthabern und ihren Richtern zusätzliche Instrumente zur Erzwingung von Gehorsam und Disziplin bot. Eine der ersten Verlautbarungen, die ihnen einen Wandel im Sprachgebrauch der Propaganda anzeigte, kam aus der Adjutantur des Führers, der wissen ließ, er wünsche nicht, auf seinen Reisen Blumen überreicht zu bekommen - während der unbestimmten „Dauer des Krieges“.<sup>35</sup>

Als Polen besiegt war, fielen diese Rücksichten mehr und mehr. Der Oberkommandierende der Kriegsmarine, Großadmiral Erich Raeder, gab einem holländischen Journalisten ein Interview, in dem er das Festhalten am internationalen Seekriegsrechts glaubhaft zu machen suchte. Es erschien unter der Überschrift „Deutschlands U-Bootkrieg“<sup>36</sup>. Herausgehoben wurde die Mehrung der eigenen „kriegswirtschaftlichen Kraft“ [79:] durch den Zugriff auf Polens Schwerindustrie, gefeiert die „unübersehbare Kriegsbeute“. Ein Leitartikel war überschrieben „Kriegsziel erreicht“.<sup>37</sup> Das war für diesen Moment, den 20. September 1939 die größte aller Lügen. Denn die Ziele in diesem sich zum Zweiten Weltkrieg ausweitenden Eroberungszug des deutschen Imperialismus erschöpften sich weder in Danzig noch mit der Liquidierung des Nachbarstaates. Das verbarg die Behauptung vom erreichten Kriegsziel. Indessen gewann der Krieg, der nach dem kurzen Feldzug in Polen praktisch nicht stattfand, unter den Deutschen eine begrenzte Popularität, zumal er ganz anders zu verlaufen schien, als der zwei Jahrzehnte zuvor verlorene.

Diesen Wandel beschrieb mit einem treffenden Bild aus geringem zeitlichem Abstand der US-Amerikaner Howard K. Smith, der seinen Posten als Rundfunkreporter in Deutschland, den er erst 1940 übernommen hatte, rechtzeitig verließ und in der Schweiz Zuflucht fand, so: „Im Grunde hängen sie (die Deutschen K. P.) an den Nazis dran, wie ein Mann, der die überraschende Entdeckung gemacht hat, dass er den Schwanz eines Löwen in den Händen hält, und der sich einfach weiter daran festhält - nicht weil er die Nähe des Löwen so toll findet, sondern weil er unsagbare Angst davor hat, was wohl passiert, wenn er los lässt. ... Der Hauptgrund, weshalb sich die Deutschen am Schwanz des Löwen festklammern, ist folgende quälende Frage, die ihnen wie ein Alptraum im Nacken sitzt: Wie wird es ihnen ergehen, wenn sie den Krieg nicht gewinnen.“<sup>38</sup> Und diese Furcht, wie Smith ebenfalls bemerkte, nahm [80:] mit jeder Untat und jedem an anderen Völkern begangenen Verbrechen zu. Zur Abwendung einer erneuten Kriegsniederlage mobilisierten Millionen ihre Willenskräfte, denen sie, von der faschistischen Propaganda missleitet, ohnehin einen übermäßigen Anteil an Erfolgen oder Misserfolgen zumaß. Als die Dänin Karen Blixen Deutschland im März 1940, von Beauftragten des Propagandaministeriums geleitet, Deutschland besuchte, stieß sie auf diese Erscheinung, die sie so beschrieb: „So beherrscht den Fremden in Berlin überall der Eindruck einer ungeheuren Willensanspannung. Die Willenskraft ist die

<sup>33</sup> RGBL., I, S. 1609, 4. September 1939.

<sup>34</sup> RGBL., 1939, I, S. 1455.

<sup>35</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. Nr. 424, 11. September 1939, S. 2.

<sup>36</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. Nr. 433, 19. September 1939, S. 7.

<sup>37</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. Nr. 434, 20. September 1939, S. 1.

<sup>38</sup> Howard K. Smith, *The Last Train from Berlin*, 1942. Die dt. Ausgabe: Howard Kingsburry Smith, *Feind schreibt mit. Ein amerikanischer Korrespondent erlebt Nazi-Deutschland*. Übersetzt von Nils Kadritzke, Berlin 1982. Hier zitiert in: *Reisen ins Reich 1933-1945. Ausländische Autoren berichten aus Deutschland*. Zusammengestellt und mit einer Einleitung von Oliver Lubrich, Frankfurt a. M. 2004 (= Die andere Bibliothek. Hg. von Hans Magnus Enzensber-[80:]ger), S. 324-325.

Leistung des Dritten Reiches ... und je nachdem, ob man an die Macht des Willens glaubt, kann man an dessen Evangelium glauben.“<sup>39</sup>

Dabei befand sich der zunächst schweigende Goebbels gleichsam auf dem Sprung, die Deutschen mit den schrillen Tönen der Kriegsfanfaren anzufallen Er werde sorgen, warf er sich schon am 4. Kriegstag in seinen Tagebuchaufzeichnungen in die Brust, dass „das Volk halten wird“. Es sei „ruhig und gefasst“ und „voll einer erbitterten Entschlossenheit“.<sup>40</sup> Der Feldzug gen Osten dauerte noch keine zehn Tage, da notierte auch er, die „Volksgenossen“ würden noch nicht glauben, „dass es zum großen Krach kommt“.<sup>41</sup> Als die Kriegshandlungen im Osten nahezu beendet waren, befand er die Stimmung im Lande zwar als ausgezeichnet, gestand sich aber doch ein. „Alles ist abwartend“ und „Man hofft wohl insge-[81:]heim auf einen Frieden mit Frankreich.“<sup>42</sup> So sahen das auch die Informanten des Exilvorstands der Sozialdemokratie, wie ein aus Bayern stammender Bericht besagte: „Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung hofft noch immer, dass die Franzosen doch nicht mitmachen werden und die Sache deshalb bald zu Ende gehe.“<sup>43</sup> Das Bild, wonach die Deutschen in einer Mischung von Loyalität, Vertrauen und Liebe zu ihrem bewunderten Führer, bangend zwar, in den Krieg gefolgt seien und seinen Krieg zu dem ihren gemacht hätten,<sup>44</sup> geht an der Tatsache vorbei, dass sie sich einer Wahlmöglichkeit längst begeben hatten. Sie mussten sich mit den Schritten ihrer Führung abfinden. Der Kriegsbeginn schuf keine Beziehungskrise zwischen den Massen und den Machthabern, geschweige, dass er Menschen gegen das Regime in Bewegung gesetzt hätte. Darauf hofften Sozialdemokraten, sich auf die Erfahrungen von 1917/1918 stützend erst nach einem gründlichen Wandel der Situation: „Erst wenn er Hunger noch mehr anklopft und die Nerven zermürbt hat und vor allen Dingen, wenn es den Westmächten gelingen würde, im Westen Erfolge zu erzielen und deutschen Boden in größerem Umfange zu besetzen, dürfte die Zeit zu einem Umsturz heranreifen.“<sup>45</sup>

Als ein Teil der Truppen aus Polen wieder in ihre Garnisonen zurückkehrte und sie Einwohner mit Blumen empfangen, modifizierte sich jedoch das Bild. Vieler bemächtigte sich ein „Tamel über die Vernichtung Polens.“<sup>46</sup> Das waren auch Zeugnisse der Erleichterung, denn „es“ war so glimpflich abgegangen. Diese Feiern verbanden sich zudem mit falschen Hoffnungen. Der Krieg sei vielleicht gerade erst am Anfang, notierte William L. Shirer am 21. September, „wenn auch die Deutschen nach [82:] der Einnahme Polens ihn gern am Ende sähen“.<sup>47</sup> Und diesen Eindruck bestätigend, schrieb er am 5. Oktober 1939: „Die Menschen hier wollen gewiss Frieden.“<sup>48</sup> Dieser Stimmung trug das Zentralblatt der NSDAP Rechnung, als es nach dem Polenfeldzug schrieb: „Ganz Europa wartet auf das Wort des Friedens aus London. Wehe denen, die es verweigern. Sie werden eines Tages von ihrem eigenen Volk gesteinigt werden.“<sup>49</sup>

Die als Feldzug der 18 Tage gefeierte Niederwerfung Polens erzeugte in der Bevölkerung keinen Appetit auf mehr. Am 20. September notierte William L. Shirer: „Alle Deutschen, mit denen ich heute sprach, gehen felsenfest davon aus, dass wir innerhalb eines Monats Frieden haben werden.“<sup>50</sup> Wie Informationen des Sicherheitsdienstes besagten, rechneten viele mit einem Abbruch des Krieges und darauf, dass sich die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit den geschaffenen

---

<sup>39</sup> Karen Blixen, Halbmond und Hakenkreuz. In: Briefe aus einem Land im Kriege (1948). Hier zitiert in: Reisen ins Reich 1933-1945. Ausländische Autoren berichten aus Deutschland. Zusammenge stellt und mit einer Einleitung von Oliver Lubrich, Frankfurt a. M. 2004 (= Die andere Bibliothek. Hg. von Hans Magnus Enzensberger), S. 257.

<sup>40</sup> Goebbels Tagebuch, Eintrag vom 4. September 1939.

<sup>41</sup> Mit Bezug auf die Kriegsrede Hermann Görings in einem Rüstungsbetrieb, die er am 9. September 1939 gehalten hatte.

<sup>42</sup> Goebbels Tagebuch. Eintrag vom 21. September 1939.

<sup>43</sup> SOPADE-Berichte, 6. Jg. 1939, Nr. 8, S. 980.

<sup>44</sup> Rafael Seligmann, Die Deutschen und ihr Führer, München 2004, S. 220-224.

<sup>45</sup> SOPADE-Berichte, 6. Jg. 1939, Nr. 8, S. 983.

<sup>46</sup> Victor Klemperer, Tagebuch 1933- 1941 Eintrag vom 22. September 1939, S. 492.

<sup>47</sup> William L. Shirer Tagebuch, S. 210.

<sup>48</sup> William L. Shirer Tagebuch, S. 220

<sup>49</sup> VB, 30. September 1939, zitiert auch in William L. Shirer, S. 217, Notiz vom gleichen Tage.

<sup>50</sup> William L. Shirer, Tagebuch, S. 207.

Tatsachen abfinden würden. Dazu trug eine Rede Hitlers bei, die er am 6. Oktober vor dem Reichstag hielt<sup>51</sup> und in der er den Westmächten ein Friedensangebot zu Bedingungen unterbreitete, die deren Kapitulation gleichkamen. Dennoch verstärkte sie, „den Glauben an ein Nachgeben Großbritanniens und Frankreichs“, wie die nun regelmäßig erscheinenden SD-Berichte über die innenpolitische Lage am 9. Oktober vermerkten.<sup>52</sup> Drei Tage später tauchte „fast schlagartig in allen Teilen des Reiches das Gerücht auf, die englische Regierung und der englische König hätten abgedankt und es sei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden.“ Diese Nachricht – der [83:] Wunsch war der Vater des Gedankens – sei in allen Volkskreisen freudig und mancherorts mit Begeisterung aufgenommen worden, in Betrieben, auf Märkten, in der Berliner Universität. Auf dem Bahnhof Heinersdorf nahe Berlin wurde Soldaten, die den Ort mit einem Zug passierten, zugerufen: „Ihr könnt nach Hause fahren, der Krieg ist aus!“ Als sich die deutsche Seite darauf zu einem Dementi veranlasst sah, habe sich unter denen, die der Nachricht geglaubt hatten, „eine tiefe Niedergeschlagenheit“ verbreitet.<sup>53</sup>

Deutlicher als durch diese Episode konnte unter den Bedingungen sofort erlassener Kriegsgesetze und der verschärften Überwachung der Bevölkerung deren Haltung kaum erkennbar werden. Noch Tage später galt die Aufnahme des Gerüchts Sicherheitsexperten als Beweis dafür, „wie stark in der Allgemeinheit der Wunsch zum Frieden ist“, eine Feststellung, der beruhigend hinzugefügt wurde, dass von „einer ausgesprochenen Kriegsmüdigkeit (in der 6. Woche seit Kriegsbeginn – K. P.) nicht gesprochen werden“ könne.<sup>54</sup> Noch in der Meldung vom 16. Oktober, als die Zurückweisung von Hitlers „Friedensangebot“ durch die Regierungen in London und Paris nicht zu bezweifeln war, hieß es im Bericht zur innenpolitischen Lage: „Vollständig sind allerdings die Hoffnungen auf einen baldigen Frieden noch nicht geschwunden.“<sup>55</sup> Illusionen nährte auch die Tatsache, dass nach dem Feldzug in Polen Bauern aus der Wehrmacht entlassen wurden, um die Einbringung der Herbsterte zu sichern.

Erst in seiner Rede am 9. November 1939 in München sprach Hitler Klartext und sagte den „Volksgegnossen“, worauf sie sich [84:] einzurichten hätten und begegnete damit den Hoffnungen vieler, dass der „richtige“ Krieg vielleicht doch gar nicht stattfinden werde.<sup>56</sup> Doch ging diese Ausrichtung der Massen auf einen Krieg von unbestimmter Dauer propagandistisch – nächst der Ablehnung jeder deutschen Schuld am Kriege und der Verleugnung aller eigenen Kriegsziele – weiter mit dem Bestreben einher, den Deutschen zu versichern, dass dies ein ganz anderer Krieg sein werde als der von 1914 bis 1918 geführte. Vor allem könne er nur mit dem Sieg des Reiches enden. Welche Naivität in den ersten Kriegswochen in den Massen genährt wurde, das bezeugen unter anderem „10 Gebote für die Heimatfront“, deren erstes lautete „Ruhe bewahren und in deren weiteren gefordert wurde, jede Arbeit anzunehmen, die ausstehenden Rechnungen zu bezahlen, besonders die alten, um sich Freundlichkeit und Freudigkeit zu verbreiten und insgesamt sparsam zu sein und sich in seinen Ansprüchen der neuen Situation anzupassen.“<sup>57</sup>

Unruhe schufen jedoch die ersten Kriegswirtschaftsverordnungen, die mit ihrer Schärfe die Stimmung unter der Arbeiterschaft so negativ beeinflussten, dass sie schon nach wenigen Wochen zurückgenommen wurden. Was den Massen zugemutet werden musste und sollte, blieb in der Führung mehrfach umstritten und in kaum jemandem lebte die Erinnerung an den Zerfall der Kriegsgesellschaft aus den Jahren 1917 und 1918 warnender als in Hitler. Er war der entschiedene Verfechter des

---

<sup>51</sup> Verhandlungen des Reichstags, 4. Sitzungsperiode, 4. Sitzung, 6. Oktober 1939, Bd. 460, S. 51 ff.

<sup>52</sup> Meldungen aus dem Reich, Nr. 1, 9. Oktober 1939, Bd. 2, S. 330/331.

<sup>53</sup> Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, Nr. 2. 11. Oktober 1939, S. 339. Die Episode erzählt, offenkundig vom Hörensagen, auch Howard K. Smith, a. a. O., S. 265-266, allerdings das Gerücht verfälscht wiedergebend, denn Winston Churchill war zu diesem Zeitpunkt noch nicht britischer Premierminister.

<sup>54</sup> Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, Nr. 3, 13. Oktober 1939, S. 347.

<sup>55</sup> Meldungen aus dem Reich, Bd. 2, Nr. 3, S. 356.

<sup>56</sup> Hitler sagte in seiner Rede im Bürgerbräu in München: „Man sagt mir, England habe sich auf einen dreijährigen Krieg vorbereitet. Ich habe am Tage der britischen Kriegserklärung dem Feldmarschall Göring den Befehl gegeben, sofort die gesamten Vorbereitungen auf die Dauer von fünf Jahren zunächst zu treffen, nicht weil ich glaube, dass dieser Krieg fünf Jahre dauert, aber weil wir auch in fünf Jahren niemals kapitulieren würden, und zwar um keinen Preis der Welt.“

<sup>57</sup> Stuttgarter Neues Tageblatt, 96. Jg. Nr. 411, 17. September 1939, S. 4.

Prinzips, die Kriegslasten auf „die Anderen“ ab-[85:]zuwälzen, sie schufteten, bluten und sterben zu lassen und im Reich den Eindruck von Normalität aufrecht zu erhalten, u. a. durch die Fortsetzung des Betriebs von Kinos, Theatern, Varietés, Tanzveranstaltungen, Kunstaussstellungen und Sportwettkämpfen, vor allem aber auch durch hinreichende Lebensmittelrationen und im ersten Kriegswinter durch warme Wohnungen. Bei letzterem gab es die ersten schmerzlichen Einbrüche, welche die Vernachlässigung der Entwicklung des Transportwesens anzeigten.

Die Mehrheit der Deutschen, mit Ausnahme einer freilich nicht zu marginalisierenden Minderheit von fanatischen Faschisten, Militärs, ahnungslosen Heranwachsenden<sup>58</sup> und unbelehrten Weltkrieg-I-Kämpfern, hatte den Krieg nicht gewollt, aber sie wurde an ihn gewöhnt und konnte sich dennoch nicht entraten, bei jeder Veränderung und nach jedem Sieg zu fragen, ob sein Ende nicht in Sicht wäre. So wieder geschehen nach dem Sieg im Westfeldzug, als sich erneut eine die Machthaber beunruhigende Friedenserwartung ausbreitete.

---

<sup>58</sup> Von ihrer Existenz hatte Kurt Tucholsky schon zu Zeiten des Saar-Abstimmungskampfes Ende 1934 notiert: „Es stimmen sicherlich viele junge Menschen für Deutschland, weil sie sich auf den blutigen Karneval freuen, der dann losgeht und wie ein Krieg das graue Alltagsleben unterbricht.“ Die Q-Tagebücher 1934-1935. Hg. von Mary Gerold-Tucholsky und Gustav Huonker, Hamburg 1978, S. 66.



**Konferenzbericht**

Zu Beginn des von der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und der Akademie für politische Bildung der Rosa Luxemburg Stiftung am 28. August 2009 durchgeführten Symposiums begrüßte Dr. Martin Seckendorf namens der Veranstalter die mehr als 80 Zuhörer.

[86:] Mit einem eindringlichen Plädoyer für eine wahrheitsgetreue Geschichtsvermittlung wandte sich dann Iwona Kosłowska namens des polnischen Botschafters Dr. Marek Prawda an die Zuhörer. (Beide Grußworte werden am Schluß dieses Berichts im Wortlaut wiedergegeben)

Ein mehrheitlich Berliner Publikum nutzte die Gelegenheit des eintägigen Symposiums zur Diskussion der wissenschaftlichen Vorträge zu den politischen, ökonomischen und militärischen Bedingungen des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939. Als erster Referent nahm Prof. Dr. Werner Röhr, Autor des Bandes über Polen in der großen Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz“, dessen Forschungen zur deutschen Besatzungspolitik in Polen 1939-1945 auch unter dem Titel „Occupatio Poloniae“ 2004 in der Edition Organon als Beiheft 4 des Bulletins für Faschismus- und Weltkriegsforschung publiziert sind, das Wort.<sup>1</sup> Er konstatierte, dass aus Anlass der diesjährigen Jahrestage über die Geschichte mehr gelogen werde, als je zuvor, und warnte, dass es über Lügenbrücken keine Versöhnung gibt. Zwei Konstrukte beherrschen die öffentliche Meinungsbildung nicht nur in Polen: erst Stalin habe den deutschen Überfall auf Polen durch den Pakt vom 23. August 1939 ermöglicht; und Polen war durch den sowjetischen und den deutschen Nachbarn in gleicher Weise in seiner Existenz bedroht.

Zunächst skizzierte Röhr die innere und äußere Lage Polens in der Zwischenkriegszeit die Schwierigkeiten der Staatsbildung aus drei Teilungsgebieten und des Übergangs eines Agrarlands zur Industrialisierung mit 4 Millionen landlosen Bauern, sinkendem Lebensstandard und eskalierender Gewalt [87:] gegenüber der ukrainischen und der jüdischen Minderheit im Land, dessen Industrieproduktion trotz Entstehung eines neuen zentralpolnischen Industriereviers bis 1938 nicht das Vorkriegsniveau von 1913 erreichte und das nach dem 11. November 1918 auf der Basis von Piłsudskis Konzeption Polens als Vielvölkerstaat Staatsgründungskriege führte, in denen im Süden das Teschener Gebiet mit der besten Steinkohle Europas und im Norden das Wilnaer Gebiet umstritten blieben. Im Osten führte Polen den Krieg, der 1921 im Grenzdiktat des Rigaer Friedens mit Sowjetrußland mündete und Polen um die mehrheitlich belorussischen und ukrainischen Landesteile erweiterte. Im Westen hielt Deutschland den Konflikt um Oberschlesien offen, das mit einem Drittel seines Territoriums, aber drei Fünftel seines industriellen Potentials Polen zugewachsen war, für die deutsche Industrie eine „blutende Grenze im Osten“, Polen nicht mehr als ein „Saisonstaat“ des bekämpften Vertragssystems von Versailles, den man zunächst durch eine Wirtschaftsblockade niederringen zu können glaubte.

Einer schonungslosen Kritik unterzog Röhr die Außenpolitik Józef Becks, der nach dem Tod Piłsudskis 1935 den Wechsel von der Gleichgewichts- oder Äquidistanzpolitik zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu einer Annäherung an den faschistischen Block vollzog, eine selbstmörderische Politik, die 1938 im Windschatten der von Großbritannien und Frankreich in München sanktionierten deutschen Aggression gegen die Tschechoslowakei in der Annektion des tschechischen Olsagebiets gipfelte. Zu spät erkannte Józef Beck, dass Nazideutschland hinter der – durch Vereinbarungen zu deutsch-polnischer Gemeinsamkeit in der Geschichtsschreibung, im Jugendaustausch und im Dialog der Juristen ausgeschmückten – Fassade der Nichtangriffsvereinbarung vom 26. Januar 1934 an der antipolnischen Stoßrichtung seiner revisionistischen Politik festhielt, also weder die Grenzen Polens, noch dessen aus dem Status Danzigs als Freier Stadt resultierenden Rechte

---

<sup>1</sup> Der Vortrag von Prof. Dr. Werner Röhr liegt in einer erweiterten Fassung in einer eigenen Veröffentlichung vor: Werner Röhr: Vom Annaberg nach Gleiwitz. Zur Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939. Edition Organon, Berlin 2009, 105 S. ISBN 978-3-931034-13-9.

anerkannte. Erst im März 1939 verweigerte sich Polen der von Deutschland angebotenen Rolle als unterworfenen Satellit [88:] und Juniorpartner der deutschen Expansionspolitik.

Zu den deutschen Vorbereitungen auf den ab März 1939 von Hitler intern angekündigten und mit der Direktive zum „Fall Weiß“ vom 11. April 1939 militärisch geplanten Angriffskrieg gegen Polen gehörten Militärmanöver, die Aufstellung der Einsatzgruppen des Sicherheitsdiensts der SS, die Organisation der Polizeibataillone der Ordnungspolizei, die Formierung und Aufrüstung des Militärs in Danzig, darunter des Sturmbanns Eimann, das den Massenmord an den Psychisch Kranken und die Morde an Gefangenen in Stutthof unmittelbar nach Kriegsbeginn verantwortete, die Aktivitäten des militärischen Geheimdienstes, dessen Kriegsorganisation insbesondere in Oberschlesien die unzerstörte Übernahme von Industrieanlagen vorbereitete, die antipolnische Hetze in Deutschland, deren Kern die Lügen über angebliche polnische Verbrechen an Volksdeutschen waren, und schließlich die Planungen für den A-Fall auf dem innerdeutschen Kriegsschauplatz: die bereits in Karteien des SD erfassten Antifaschisten und Kriegsgegner waren zu Tausenden und Abertausenden bei Kriegsbeginn zu verhaften und in die Konzentrationslager zu verschleppen. Die wissenschaftlich-industrielle Zusammenarbeit ließ die deutschen Konzerne detaillierte Programme für den Raubzug gegen Polen bereithalten, deren vorrangige Ziele die Übernahme des Steinkohle- und Eisenerzbergbaus, der Verhüttungsanlagen und der Schwerchemie im Südwesten Polens und die der Chemischen Produktion im ganzen Land waren. Während sich 1938 noch eine militärische Opposition gegen die Aggression gegen die Tschechoslowakei formiert hatte, führte die Kriegstreiberei 1939, und zwar wegen ihrer antipolnischen Stoßrichtung, weder zu Differenzen, noch zu Fraktionierungen innerhalb der deutschen militärischen Führung. Der Öffentlichkeit kündigte sich der Krieg gegen Polen durch die antipolnische Hetzberichterstattung in den gleichgeschalteten Medien an.

Das polnische Militär hingegen war – wegen der illusionären Politik in den 30er Jahren – unvorbereitet, zumal die militäri-[89:]sche Führung erst im Jahr 1937 den von Mossow vorgelegten Plan zur Landesverteidigung abgelehnt hatte, der, insofern realistischer als die damalige Außenpolitik, ein Bündnis mit der Sowjetunion für notwendig hielt. Die militärische Strategie aber setzte auf die formale Zusage der Westmächte für eine wirtschaftliche und logistische Militärhilfe ab dem 15. Tag des Kriegs. Doch hatten Großbritannien und Frankreich sich im Sinne der Politik von München lange vor dem bisher als Datum des Verrats geltenden 12. September 1939 geeinigt, wie jüngste Forschungen des polnischen Militärhistorikers Lech Wyszczelski aufgrund britischer Regierungsakten zeigen, dass sie sich für Polen nicht in einen Krieg hineinziehen lassen würden. Großbritannien war zwar weiterhin bereit, die Unabhängigkeit Polens, nicht aber dessen Grenzen und damit territoriale Integrität zu garantieren. Als Profiteur der deutschen Aggression gegen die Tschechoslowakei saß Polen in der Falle: von Deutschland militärisch an drei Flanken bedroht wurde es zum Bauernopfer der zuerst antisowjetischen Politik Großbritanniens und Frankreichs, die ihrerseits eine deutsche Aggression im Westen hinauszuzögern trachteten.

Als die Sowjetunion am 23. August 1939 das deutsche Angebot eines Nichtangriffsvertrags akzeptierte, waren die von sowjetischer Seite initiierten Verhandlungen mit den Westmächten um eine kollektiv zu garantierende Sicherheit gegen jede deutsche Aggression gescheitert, nicht zuletzt an der illusionären Erwartung Polens, die Sowjetunion einseitig zum militärischen Beistand verpflichten zu können. Alle Dokumente widerlegen die als Kern eines antisowjetischen und antitotalitären Geschichtsbilds unverzichtbare und als Element eines nationalen Selbstbildes in Polen populäre These, erst der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 habe den Überfall auf Polen ermöglicht. Diesen plante Nazideutschland, nachdem Polen sich 1939 weigerte, Juniorpartner der faschistischen Expansion zu werden, unter allen Umständen; richtig aber ist, dass der Pakt den deutschen Angriffskrieg erleichterte. Aus sowjetischer Sicht war die Option auf [90:] Neutralität angenehmer, als sich – ohne Durchmarschrechte – mit Großbritannien und Frankreich zum militärischen Eingreifen zu verpflichten. Diese taktische Überlegung allerdings machte die Sowjetunion zu einer Grundsatzfrage und entschied sich im Staatsinteresse für die territoriale Beute und gegen den Antifaschismus, ein Bankrott revolutionärer sowjetischer Außenpolitik, der mit der Auswechslung Litvinovs gegen Molotov einherging. Die polnische Öffentlichkeit und die politische und militärische

Führung Polens, von Frankreich und Großbritannien in Unkenntnis über ihre veränderte strategische Grundentscheidung gehalten, getäuscht und belogen, und deshalb weiterhin auf die – im Mai 1939 bestätigte – Zusage nach dem französisch-polnischen Vertrag von 1921 fixiert, am 15. Kriegstag militärisch einzugreifen, erfassten die Bedeutung des sowjetischen Einmarsches am 17. September 1939 zunächst nicht.

Der Abschluss des Vertrags vom 23. August 1939 war für beide Seiten nicht zwingend: Die Sowjetunion hätte den Nichtangriffsvertrag schließen können, auch ohne sich an dem Länderschacher der völkerrechtswidrigen Zusatzvereinbarungen zu beteiligen; ohne den Vertrag und den Einmarsch der Roten Armee in Polen hingegen wäre Deutschland die Option eines – der Slowakei vergleichbaren – faschistischen westukrainischen Marionettenstaats geblieben.

Als zweiter Redner befasste sich der Gdanker Historiker Dr. Tomasz Chinciński mit den kriegsvorbereitenden parallelen Aktivitäten deutscher Geheimdienste in Polen ab Oktober 1938: des Amts Abwehr des OKW unter Canaris und des Sicherheitsdiensts der SS unter Heydrich. Während der militärische Geheimdienst die „kleine Kriegführung“ durch Waffenlieferungen an deutsche Agenten in Polen vorbereitete, die den deutschen Einmarsch militärisch stützen und insbesondere kriegswirtschaftlich bedeutsame Industrieanlagen vor etwaiger Zerstörung übernehmen sollten, organisierte der SD die Diversantentätigkeit in Polen. Bereits im Sommer 1939 plante der SD [91:] 180 Attentate auf 223 Objekte, die als Provokationen gegen Volksdeutsche in Polen und an der polnisch-deutschen Grenze inszeniert für die westlichen Regierungen und die Öffentlichkeit einen Anlass für den geplanten deutschen Angriffskrieg liefern sollten, was Hitler noch am 22. August 1939 vor der Wehrmachtsführung mit den Worten bekräftigte, er werde „propagandistischen“ Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft.

Prof. Dr. Siegfried Büniger beschäftigte sich anschließend mit der britischen Haltung zu Polen angesichts der fortgesetzten deutschen Expansionspolitik und entfachte die Debatte um die Kritik der britischen Appeasement-Politik. Ein Schlaglicht auf den Stand der Kriegsvorbereitungen im Jahr 1939 warf Prof. Dr. Dietrich Eichholtz, Autor der 1969 bis 1996 erschienenen dreibändigen Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945 und mehrerer seit 2005 vom Leipziger Universitätsverlag publizierten Studien zur deutschen Erdölimperialisierung.

Der Frage, auf welche Stimmungen und Erwartungen der deutschen Bevölkerung sich die Machthaber bei Kriegsbeginn einstellten, ging Prof. Dr. Kurt Pätzold nach. In scharfem Kontrast zu der populären Kriegsbegeisterung im August 1914 war 25 Jahre später die in der Bevölkerung verbreitete Stimmung Niedergeschlagenheit und Entsetzen. Die Bevölkerung lehnte den Krieg, an den die über 35jährigen eine eigene Erinnerung hatten, ab – und sie hatten dessen Vorboten ab 1933 verdrängt. Die antipolnische Propaganda im Sommer 1939 erzielte wenig Wirkung. Dass die Machthaber den Krieg mit Wehrübungen, Hetzkampagnen und Rationierungen ankündigten, alarmierte die Deutschen nicht, sondern es paralyisierte sie. Zu groß erschien nach sechseinhalb Jahren Naziherrschaft mit kontrolliert eskalierendem Terror der Schritt, die Kriegsgegnerschaft zu organisieren und ihr politische Kraft zu verleihen.

Die Naziführung griff auf die 1914 bewährte Demagogie vom „uns aufgezwungenen Krieg“ zurück, es werde „zurückge-[92:]schossen“. Nur Englands angeblich von Juden gelenkte Regierung habe Interesse am Krieg, Hitler hingegen habe den Krieg nicht gewollt. Die Wehrmacht registrierte amtlich den „Beginn von Kampfhandlungen“. Das Kalkül, so Pätzold: „Einmal im Krieg, würden die Deutschen ihn vor allem nicht verlieren wollen. Bei diesem Wunsch ließen sich die Massen packen und von der Führung gleichsam sicher an den Haken nehmen.“ Das Wort „Krieg“ benutzte die Propaganda nur mit Blick auf den Gegner, zur Charakterisierung eigener Politik blieb das Wort, auf das nur die Bürokratie zur Kennzeichnung ihrer Verordnungen nicht verzichten konnte, zunächst ein Tabu – bis zur Besetzung Polens, nach der die Zeitungen mit der Lüge titelten „Kriegsziel erreicht“. Glimpflich davongekommen fürchteten die Deutschen danach weniger den Krieg, sondern mit jedem ab April 1940 noch folgenden Raubzug und den an anderen Völkern begangenen Kriegsverbrechen stieg ihre Furcht vor der Kriegsniederlage, gegen die sie sich noch fünf Jahre bereitwillig mobilisieren

ließen. Nur das Programm der massenhaften Rekrutierung deutscher Frauen in die Kriegswirtschaft scheiterte im Jahr 1942/43. Ohnehin war Hitler „der entschiedene Verfechter des Prinzips, die Kriegslasten auf die anderen abzuwälzen, sie schuften, bluten und sterben zu lassen“, während in Deutschland der gelegentliche Eindruck von Normalität aufrecht zu erhalten war.

In der **Diskussion** wurde darauf verwiesen, dass die britische Appeasementpolitik sich bereits im Winter 1917/18 ankündigte, indem die britische Regierung entschied, Deutschland notfalls freie Hand im Osten zu lassen. Auch wurden die Versailler Verhandlungen als Keim eines neuen Krieges angesprochen, mit denen Deutschlands Aggressivität nach Osten gelenkt werden sollte. Anfragen gab es danach, ob es für die britischen Politiker tatsächlich keine Rolle spielte, was die Polen dachten oder machten, nach der Stellung der Briten zu den USA, zur sowjetischen Spanienpolitik, zu den Reflexionen der Briten angesichts der Ablösung Litwinovs in Moskau durch Molotov, zur Entwicklung der Haltung Großbritanniens gegenüber jüdischen [93:] Emigranten aus Deutschland, zu Unstimmigkeiten im britischen Unterhaus angesichts der Chamberlainschen Politik und schließlich zu der Haltung der englischen Historiker zu dieser Zeit und der Behandlung dieser Zeitspanne in den gegenwärtigen britischen Schulbüchern. Prof. Büniger erläutere noch einmal das Desinteresse der Chamberlain-Regierung an einer Unterstützung für Polen, aber auch die durch die Veränderungen in der UdSSR noch beförderten vermehrten Auseinandersetzungen über diese Politik im engsten Appeasementkreis im Unterhaus und bei den Militärs ab Anfang September 1939 trotz derer sich Chamberlain noch bis April 1940 halten konnte. Zur britischen Haltung gegenüber dem Spanienkrieg verwies Siegfried Büniger auf die strikte Nichteinmischungspolitik verbunden mit der Abneigung gegen ein rot werdendes Spanien. Zur Haltung der britischen Historiker bemerkte er, dass sie nach dem zweiten Weltkrieg in der Regel feststellten, dass aus Angst vor dem Krieg die Lage durch die britische Regierung falsch eingeschätzt worden sei. Später hätten die britischen Historiker Verständnis für die britische Politik gezeigt und sie als alternativlos dargestellt, was auch von BRD-Historikern übernommen worden wäre. Heute gebe es wieder Streit zwischen beiden Richtungen oder das Ausweichen in Randgebiete. Zu der Widerspiegelung der Zeit in gegenwärtigen britischen Schulbüchern konnte Prof. Büniger nichts sagen.

Dietrich Eichholtz wurde nach der Einschätzung der zu erwartenden Haltung der Westmächte durch Hitler gefragt. Besprochen wurde schließlich, wer die Ideengeber dafür waren, dass durch ein blitzschnelles Niederwerfen einzelner Gegner, ehe die Gegner zurückschlagen oder sich verbünden konnten, die rüstungstechnische Schwäche Deutschlands ausgeglichen werden sollte. Prof. Eichholtz benannte als Ideengeber die Militärs und Krauch, weshalb Hitler dann den Entschluss zur Auslösung des Krieges im Bewusstsein des absoluten Risikos fasste.

Das Wissen über den Zweiten Weltkrieg zu aktualisieren, hatte [94:] Iwona Kosłowska zu Beginn des Symposiums ausdrücklich begrüßt: „Jede Generation erinnert sich anders, anders bildet sie ihre Geschichtsbilder“. So werden wir uns heute auch zu fragen haben, wie wir den vor acht Jahren entfesselten globalen Krieg zur Beherrschung der Ressourcen entlang der „Lebenslinie der NATO von Nordafrika bis zum Hindukusch“ (Franz-Josef Strauß vor dem Bundestag in Bonn am 16. Januar 1980) stoppen können.